

## 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Im Folgenden werden jene Institutionen und Arbeitsfelder vorgestellt, in denen die 80 Fürsorgerinnen tätig waren. Für den Bereich der öffentlichen Fürsorge stehen (1) das Jugendamt und (2) die TBC-Fürsorge, beide mit der Stadt Wien als Arbeitgeberin, die im Sample etwa die Hälfte ausmachen. Als konfessionelle Arbeitgeber werden (3) die Fürsorge der jüdischen Gemeinde in der IKG und (4) der jüdischen Vereine sowie (5) die *Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtaristische Katholiken* vorgestellt, die etwa ein Viertel des Samples ausmachen. Ein weiteres Viertel setzt sich aus privat initiierten und getragenen Institutionen zusammen. Fürsorgerinnen waren (6) im *Verein Wiener Settlement*, (7) in Einrichtungen der individualpsychologischen Erziehungsberatung und (8) jenen im psychoanalytischen Umfeld tätig, weiters wird (9) die universitär verankerte psychologische Entwicklungsforschung einbezogen, ebenso wie (10) der Bereich der Forschungs- und Publikationstätigkeit im Sozialbereich. Die junge Disziplin der Fürsorge erarbeitete sich in dieser Zeit ihre theoretischen Grundlagen und berichtete medial über ihre Praxis, wodurch sich weitere Tätigkeitsfelder für intellektuelle Frauen eröffneten. Darüber hinaus werden (11) Beispiele für strukturelle und institutionelle Ausschlussmechanismen vorgestellt, die Fürsorgerinnen davon abhielten, in ihrem erlernten Berufsfeld tätig zu sein.

Jedes der folgenden Unterkapitel widmet sich der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der jeweiligen Institutionen, ihrem Selbstverständnis, den spezifischen Aufgabenbereichen sowie den Brüchen der 1930er auf institutioneller Ebene. Verweise auf die Biografien der in Band 2 vorgestellten Fürsorgerinnen ergänzen diesen folgenden Abschnitt.

### 4.1. Jugendfürsorge und Wiener Städtisches Jugendamt

Die meisten ausgebildeten Fürsorgerinnen in den 1930er Jahren arbeiteten am 1917 gegründeten Wiener Jugendamt, entweder in einem der 14 Bezirksjugendämter oder in der Zentrale. Der Zuständigkeitsbereich des Jugendamts umfasste die Berufsvormundschaft (v. a. ledige Mütter, Kriegswitwen und -waisen) und alle Belange der Jugendfürsorge wie Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Kindergärten und Horte. Wie bereits dargestellt, fand

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

der Ausbau der Institution Jugendamt vor allem in den 1920er Jahren statt: Ausgehend von 91 Fürsorgeposten im Jahr 1918 wurde die Anzahl der Stellen bis 1931 auf 278 verdreifacht. Die Zahl der Posten blieb im Verlauf der frühen 1930er Jahre stabil.<sup>1</sup> Eine Anstellung erhielten in den Anfangsjahren bis 1926 nur Frauen, die eine Hochschulreife vorzuweisen hatten. Dies führte dazu, dass vorrangig Frauen aus der Oberschicht dort arbeiteten.<sup>2</sup> Als Fürsorgerinnen waren sie Beamtinnen der Stadt Wien und in der Dienstordnung für die Angestellten als eigene Standesgruppe in der höchsten Stufe des mittleren Verwaltungsdienstes in der Gruppe IIa eingereiht.<sup>3</sup> Die anfangs festgelegte Voraussetzung der Ehe- und Kinderlosigkeit wurde aufgrund des hohen Bedarfs an Fürsorgerinnen 1919 für Gemeindebedienstete in Wien wieder aufgehoben, bestand in den Bundesländern aber weiterhin.<sup>4</sup> In den Anfangsjahren oblag die Leitung der einzelnen Bezirksjugendämter den „Fürsorgeleiterinnen“. Im Jahr 1925 wurde dies trotz massiver Kritik der Personalvertretung und der bisherigen Leiterinnen geändert.<sup>5</sup> Seitdem hatten ausschließlich Männer mit einer juristischen Vorbildung wie Jugendanwälte die Position der Leitung der Bezirksjugendämter inne. Auch in der Leitung des Jugendamts finden sich ausschließlich männliche Juristen. Darin zeigt sich das von Eva Kreisky herausgearbeitete „Juristenmonopol“

---

1 Vgl. Ziering 2003, 18. Im Jahr 1937 waren laut Handbuch der Stadt Wien 282 Stellen im Bereich Jugendfürsorge (Zentrale und Bezirksjugendämter) besetzt; vgl. Stadt Wien 1937. Auf der Basis eigener ergänzender Recherche kann von etwa 300 Haupt-/Fürsorgerinnen ausgegangen werden. In einem Bericht (Staffa-Kuch 1930, 303) wird die Zahl von 800 ausgebildeten „Berufsfürsorgerinnen“ in Österreich genannt, davon etwa 500 an verschiedenen Jugendämtern tätig. Dies hebt die Bedeutung Wiens hervor, wo also etwa 60 % aller Fürsorgerinnen innerhalb der kommunalen Verwaltung in Österreich beschäftigt waren.

2 Die gehobene Herkunft der Fürsorgerinnen wurde in mehreren Artikeln kritisiert, so wurden sie bspw. als „Offizierstöchter“ tituliert. Klarfeld 1924, zit. n. Weigl 2010, 329.  
3 Die Beamt:innen waren in Rangklassen von der höchsten Klasse I bis zur niedrigsten Klasse XI eingeteilt. Klasse I war Akademiker:innen vorbehalten, die Einstufung in Klasse II setzte Matura, Studienberechtigung oder eine gleichwertige Ausbildung voraus.

4 Vgl. Mittermeier 1994, 113 sowie Wolfgruber 1997, 60-61.

5 Die Personalvertretung der Fürsorgerinnen kritisierte, dass mit dem plötzlichen Abbau der Position der Fürsorgeleiterin langjährige Erfahrung und Expertise verloren gingen, dies habe sich in der praktischen Arbeit an den Jugendämtern bereits negativ bemerkbar gemacht. Den jungen Kolleginnen fehle es an Aufstiegsmöglichkeiten, Anerkennung durch Auszeichnungen und Stufenvorrückungen, was zu „Mutlosigkeit und Verbitterung“ geführt habe. Schreiben Personalvertretung der städtischen Fürsorgerinnen an den Verband der Angestellten der Stadt Wien, 19.3.1929. Fachvereine Fürsorge, WStLA.

in der Verwaltung.<sup>6</sup> Weiters hob Reinhard Sieder eine interessante Genderdynamik für die Jugendfürsorge hervor: Gemäß dem damaligen Familienbild hatte der Vater die Rolle, seine Frau in den Erziehungsaufgaben zu überwachen. Bei einem Ausfall des „legitimen Patriarchen“, beispielsweise durch Verhaftung, Desertion oder Alkoholismus, übernahm der „junge Wohlfahrtsstaat“ diese Aufgaben und damit „Teile der väterlichen Macht“. Diese wurde vor allem an Juristen in Form der Berufsvormundschaft übertragen. „Unter ihrer (patriarchalen) Aufsicht“ führten dann Fürsorgerinnen die praktische Arbeit aus.<sup>7</sup>

Das Jugendamt hatte durch die genaue Registrierung der Lebensumstände der Befürsorgten und die verpflichtende Zusammenarbeit immer schon ein doppeltes Mandat von Hilfe und Kontrolle. Bei Hausbesuchen brachten Hilfs-/Fürsorgerinnen das Säuglingswäschepekaket, doch dieser Besuch ermöglichte auch einen kontrollierenden Blick in alle Haushalte mit Neugeborenen.<sup>8</sup> Weiters waren „Aushilfen und kleine Geschenke [...] der Eintrittspreis in die Wohnung“<sup>9</sup>

Die Sicherheit und das Wohlergehen von Minderjährigen erforderte oft Schutzmaßnahmen, die Fürsorgerinnen anregen und gegen den Willen der Mutter oder der Eltern durchsetzen konnten. Die Berichte der Fürsorgerinnen stellten oftmals die Grundlage für die Gutachten anderer Expert:innen aus der Heilpädagogik oder der Psychologie dar, die anlässlich einer möglichen „Übernahme in Gemeindepflege“, also einer Kindesabnahme beispielsweise der KÜST erstellt wurden.<sup>10</sup> Einbezogen wurden auch weitere Professionen und Wissenschaftsdisziplinen wie die Medizin, Psychiatrie und Pädagogik, die in der Zusammenarbeit mit Justiz, Polizei und Schulbehörden eine „neue Wohlfahrtsbürokratie“<sup>11</sup> bildeten.

Das dem Beruf inhärente Machtungleichgewicht wurde durch bestehende soziale Hierarchien und klassenbedingte Unterschiede verstärkt. Die städtischen Fürsorgerinnen stammten bis Ende der 1920er Jahre fast durch-

---

6 Vgl. Kreisky 2024 zur „bürokratischen Kultur“, die auf das „Juristenmonopol“ hinweist und die damit verbundene „kulturelle Dominanz der Juristen, die ihre Denk- und Sichtweise, ihre Begrifflichkeit und Sprache“ den anderen öffentlich Bediensteten aufdrängten. Weiters zeigt sich die „männliche Kultur“ darin, dass Frauen die arbeitsintensiveren Tätigkeiten übernehmen, während Männer mit der Ausübung von Herrschaft und Entscheidungen beschäftigt sind. Kreisky 2024, 109-112.

7 Sieder 2014, 170.

8 Vgl. Wolfgruber 2017, 19 sowie Berger 2007, 42.

9 Sieder 2014, 170.

10 Vgl. Sieder 2014.

11 Sieder 2014, 157.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

gängig aus der Mittel- und Oberschicht. Sie hatten die Aufgabe, Mütter aus der Arbeiter:innenklasse im „Mutterberuf“ zu unterweisen. Dabei forderten sie teils bürgerliche Standards von Ordnung, Sauberkeit und Hygiene im Haushalt ein und drohten bei Nichteinhaltung mit Kindesabnahmen.<sup>12</sup> Die Art, wie hygienische Standards vermittelt wurden, war einer der Gründe für die „oftmals feindliche Ablehnung der städtischen Fürsorgerinnen“.<sup>13</sup> So waren die Fürsorgerinnen bei den Klient:innen „unbeliebt, gefürchtet, zum Teil auch gehasst“.<sup>14</sup> Die gemeinsame Angst vor dem Kontrollbesuch der Fürsorgerin konnte zu Solidaritätsakten in der Nachbarschaft führen. Eine ehemalige Fürsorgerin berichtet in einem Interview von einem selbstorganisierten Vorwarnsystem der Bewohner:innen in den größeren Gebäudenkomplexen, die sie zu besuchen hatten.<sup>15</sup> Klassenspezifisch begründete Beschimpfungen gegen Fürsorgerinnen finden sich in einigen Anzeigen und Protokollen von Verhandlungen, die in Personalakten dokumentiert waren.<sup>16</sup> Die teils körperliche Gewalt gegen Fürsorgerinnen wurde u. a. von der *Reichsvereinigung der Fürsorgerinnen Österreichs* zum Thema gemacht. So berichtete Kamilla Heidenreich in einer Versammlung des BÖFV 1936 vom belastenden Arbeitsalltag im Außendienst, „der vielfach nicht nur eine gesundheitliche Gefährdung, sondern oftmals auch Bedrohungen und Täglichkeiten gegen die Fürsorgerin mit sich bringt“.<sup>17</sup> Die Aufgabe der Fürsorgerinnen, im Sinne des Kindeswohls kontrollierend in die Privat- und Intimsphäre der Familien einzudringen, wie auch die beschriebenen Klassendifferenzen waren mitverantwortlich für das angespannte Verhältnis zwischen Fürsorgerinnen und ihren Adressat:innen.

1926 wurde der Beruf der Hilfsfürsorgerinnen, die keine höhere schulische Vorbildung vorweisen mussten und nach dem Gehaltsschema der Stadt Wien in die Gruppe VI eingestuft wurden, an den Bezirksjugendämtern eingeführt. Die Initiative für die Einführung ging von #Julius Tandler aus, über dessen Motivation nur spekuliert werden kann. Es fielen wohl mehrere Überlegungen zusammen: Zum einen war in politischen und medialen Diskursen wiederholt die gehobene Herkunft vieler Fürsorgerinnen kritisiert worden, verbunden mit der Forderung, Frauen aus der

---

12 Vgl. Byer 1987, 460-461, Wolfgruber 2017, 21 sowie Weigl 2010, 331.

13 Byer 1987, 461.

14 Weigl 2017, 81.

15 Melinz (1995, 62-63) beschreibt die Wahrnehmung der Fürsorgerinnen seitens der Adressat:innen ausgehend von diesem Interview als „intrusive outsiders“.

16 Ein Beispiel findet sich in der Biografie von → Kornfeld.

17 Bund Österreichischer Frauenvereine 1936, 3.

Arbeiter:innenklasse einen Zugang zum Berufsfeld zu eröffnen.<sup>18</sup> Die neu geschaffene Dienstgruppe der Hilfsfürsorgerinnen ermöglichte es, dieser Forderung nachzukommen. Zum anderen konnten auf diese Weise die Personalkosten im Fürsorgesystem gesenkt werden, wie ein zeitgenössischer Zeitungsbericht hierzu prägnant festhielt: „Ihr Vorzug ist, dass sie billig sind.“<sup>19</sup> Möglicherweise war dies eine der Sparmaßnahmen im Zuge der sich anbahnenden Wirtschaftskrise.<sup>20</sup> Darüber hinaus diente die Einführung dieser Position vermutlich auch der Behebung des bestehenden Personalmangels.<sup>21</sup> Neue Aufgaben wie das Administrieren und Austragen des geplanten Säuglingswäscepakets erforderten zudem mehr Personal.

Wie erstmals auf Basis von Primärquellen detailliert nachvollzogen werden konnte, wurden die behördlichen Auseinandersetzungen um Zuständigkeiten in der städtischen Jugendfürsorge vor allem über den *Fachverband der Fürsorgerinnen*, den *Fachverein der städtischen Hilfsfürsorgerinnen* und über die Personalvertretung ausgetragen. Ein besonders konfliktreiches Beispiel findet sich rund um das 1927 von Gesundheitsstadtrat #Julius Tandler eingeführte Säuglingswäscepaket. Laut Fachverband und Personalvertretung hatten die Fürsorgerinnen zu Jahresbeginn aus den Medien erfahren, dass ihnen die Verteilung der Wäscepakete übertragen werden sollte. In Reaktion darauf wandten sich die Fürsorgerinnen empört an Tandler, der von einem Missverständnis sprach. Der *Fachverband der städtischen Fürsorgerinnen* lehnte in seiner Hauptversammlung im März 1927 die Aufgabe des Austragens der Wäscepakete einstimmig ab.<sup>22</sup> Damit wurde – vermutlich unbeabsichtigt – die Position der Hilfsfürsorgerinnen am Jugendamt gestärkt, denen diese Aufgabe übertragen werden konnte. In der Auseinandersetzung mit Tandler forderten die Fürsorgerinnen Klarheit über die Verwendung der Hilfsfürsorgerinnen, da bisher „keine Kompetenzabgrenzung“ getroffen worden sei.<sup>23</sup>

Die Fürsorgerinnen mit höherer Schulbildung, organisiert im *Fachverband der Fürsorgerinnen* und in Eigendefinition die „Elitetruppe der Fürsorgerinnen Österreichs“, lehnten die Einführung der Position der Hilfsfürsorgerin zunächst entschieden ab, da sie eine Abwertung und strukturelle

---

18 Vgl. Simon 2010, 213.

19 o. A. 1930, 5.

20 Vgl. Melinz/Ungar 1996.

21 Vgl. Wolfgruber 2013, 38.

22 Fachverband der städtischen Fürsorgerinnen, Protokoll der Hauptversammlung am 4.3.1927, Fachvereine Fürsorge, Schachtel 3, WStLA.

23 Ebd.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Entrechung ihres Berufsstandes fürchteten.<sup>24</sup> Da die Position der Hilfsfürsorgerinnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeführt war, stand die Personalvertretung vorläufig auf Seiten der Fürsorgerinnen. Dem Vorwurf, mit ihrer Haltung Arbeiterinnen den Berufzugang zu verwehren, begegneten sie mit dem Vorschlag, durch Stipendien besonders begabten Frauen den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen. Als Personalvertretung würden sie sich für den „Kampf um das Recht aller Frauen auf höhere Wertung ihrer Arbeit“ einsetzen.<sup>25</sup>

Die anfängliche Ablehnung der Fürsorgerinnen gegenüber der neuen Berufsgruppe wich erst, als ihnen im Gegenzug zugesichert wurde, dass sie selbst künftig auch als Berufsvormund tätig werden könnten.<sup>26</sup> Im Juli 1926 wurden die Leiter der Bezirksjugendämter über diese Einigung informiert. Die Umsetzung wurde zeitnah eingelöst, denn bereits 1927 berichtete die Zeitschrift „Die Unzufriedene“ über die ersten drei Fürsorgerinnen, die seit Jahresbeginn als Berufsvormund tätig waren: „Es ist das erstemal, daß Fürsorgerinnen auch zu den rein berufsvormundschaftlichen Geschäften, die bisher nur von Juristen und Verwaltungsbeamten besorgt wurden, herangezogen werden.“ Zugleich wurde betont, dass es sich dabei um ein Tätigkeitsfeld handle, „in dem Fürsorgerinnen vieles zu leisten vermögen“.<sup>27</sup> Der beharrliche Einsatz der Fürsorgerinnen für den Zugang zur Berufsvormundschaft war ein entscheidender Schritt im Prozess der Professionalisierung, der darauf abzielte, die Fürsorgerinnen mit ihrer fachlichen Expertise in jenen Bereichen zu etablieren, die bislang juristisch gebildeten Fachkräften vorbehalten waren.

Ab Ende 1926 wurden die ersten Hilfsfürsorgerinnen angestellt. Die Vorbehalte der Fürsorgerinnen gegenüber dieser neuen Gruppe äußerten sich zum Teil in personalisierten Formen der Abgrenzung. Eine 1927 eingestiegene sozialdemokratische Hilfsfürsorgerin berichtet rückblickend, dass sie als „Lohndrückerinnen“ von den Fürsorgerinnen am BJA Simmering anfangs „boykottiert“ und ausgegrenzt wurden.<sup>28</sup> In der zeitgenössischen Presse blieb die Einführung dieser neuen Berufsgruppe zunächst unbeach-

24 Siehe beispielsweise ein Schreiben an das sozialdemokratische Reichsfrauenkomitee. In diesem drücken sie ihr „Entsetzen“ darüber aus, dass nun Frauen ohne höhere Bildung als Hilfsfürsorgerinnen eingesetzt werden sollten. Personalvertretung der Fürsorgerinnen 1926, Fachvereine Fürsorge, Schachtel 3, WStLA.

25 Personalvertretung der Fürsorgerinnen 1926, ebd.

26 Notiz der Personalvertretung städtischer Hauptfürsorgerinnen, 22.4.1926, ebd.

27 o. A. 1927.

28 Sieder 2025, 76.

tet.<sup>29</sup> In den Jahren darauf wurde jedoch öffentlich eine Ausweitung dieser Position gefordert. 1928, nach dem Tod eines Kindes infolge elterlicher Misshandlung, geriet das Jugendamt in die Kritik. In mehreren Zeitungen wurde auf das Fehlen einer ausreichenden Zahl an Hilfsfürsorgerinnen verwiesen. In der kommunistischen Tageszeitung „Die Rote Fahne“ wurde das Fürsorgesystem Tandlers als Ganzes „angeklagt“ und die Zugangsvoraussetzungen für Fürsorgerinnen wurden bemängelt, da „nur Mädchen aus bürgerlichen Kreisen“ und keine „proletarischen Frauen“ dort arbeiten würden.<sup>30</sup> Auch in einem Beitrag in „Die Arbeiterin“ von 1928 wird die schleppende Umsetzung der Öffnung des Berufs für Hilfsfürsorgerinnen kritisiert. Gefordert wurden „reifere proletarische“ Fürsorgerinnen, von denen „mehr Verständnis für die Nöte der Befürsorgten und mehr Energie für die rasche und kostengünstige Erledigung der Fälle“ erwartet wurde.<sup>31</sup>

Wie aus den Unterlagen der Personalvertretung des Jugendamts hervorgeht, kam es 1928 zu 137 kurzfristig angekündigten Zwangsversetzungen, die sowohl langjährige Fürsorgerinnen als auch neu eingeschulte Hilfsfürsorgerinnen betrafen. Die Personalvertretung wertete diese Maßnahme als „Misstrauensvotum“ und kritisierte die damit verbundenen Folgen für den Berufsstand wie auch für die Betreuten durch den Abbruch bestehender Arbeitsbeziehungen, denn gerade „die Hilfsfürsorgerin, als dem Kreis der Befürsorgten näherstehend, sollte in ein innigeres Vertrauensverhältnis zu den Parteien kommen“<sup>32</sup> Über die Hintergründe dieser Zwangsversetzungen liegen keine weiteren Informationen vor.

In den Bezirksjugendämtern übernahmen Fürsorgerinnen und Hilfsfürsorgerinnen weitgehend vergleichbare Aufgaben, der wesentliche Unterschied lag in der schulischen Vorbildung und folglich der Einstufung. Die Schlechterstellung der Hilfsfürsorgerinnen zeigte sich in den Arbeitsbedingungen: Sie mussten mehr Wochenstunden leisten, hatten weniger Urlaubstage und erhielten ein niedrigeres Gehalt. Diese „ganz ungerechte

---

29 Systematische Durchsicht in ANNO von Zeitschriften in den Jahren 1925 bis 1928 mit den Suchbegriffen Hilfsfürsorgerin, Hilfsfürsorgerinnen.

30 Der Zeitungsartikel trug den Titel „Professor Tandler auf der Anklagebank“ o. A. 1928b.

31 o. A. 1928a.

32 Stellungnahme der Personalvertretung, 4.1.1928, Fachvereine Fürsorge, Schachtel 2, WStLA.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Differenzierung“, wie es Marie Köstler 1930 ausdrückte, führte zu spürbaren Spannungen zwischen den beiden Gruppen.<sup>33</sup>

Die Hilfsfürsorgerinnen setzten sich erfolgreich für eine Besserstellung ein und erlangten 1930 offiziell die Berufsbezeichnung „Fürsorgerin“. Sie wurden in Gehaltsklasse V eingereiht, mit einem Aufstieg in Klasse IV, sofern sie innerhalb der ersten fünf Berufsjahre die Ausbildung an der *Städtischen Akademie für soziale Verwaltung* absolvierten.<sup>34</sup> Insbesondere für Frauen aus der Arbeiter:innenschaft bedeutete die berufsbegleitende Ausbildung einen Aufstieg in einen höher qualifizierten Beruf, der zudem große Sicherheit bot. Nach fünf Dienstjahren konnten Beamten:innen der Stadt Wien um das Definitivum (unbefristete Anstellung) ansuchen<sup>35</sup> und hatten damit eine unkündbare Stelle, aus der nach zehn Jahren ein Pensionsanspruch erwuchs.<sup>36</sup>

Die bisherigen Fürsorgerinnen in Klasse IIa (mit Hochschulreife) erhielten zur Abgrenzung von den vormaligen Hilfsfürsorgerinnen die neue Funktionsbezeichnung „Hauptfürsorgerin“.<sup>37</sup> Eine Fürsorgerin war jeweils für einen der etwa 250 Sprengel zuständig.<sup>38</sup> Zur Koordination und Verbesserung der Verwaltungsabläufe in der Arbeit dieser Sprengelfürsorgerinnen wurden sogenannte Organisationsfürsorgerinnen eingesetzt. Verbindungsfürsorgerinnen übernahmen die Schnittstellenfunktion zu externen Institutionen wie Schulen, Spitäler oder anderen Behörden. Ergänzt wurde das

33 Hilfsfürsorgerinnen mussten 48 Wochenstunden statt der 41 Wochenstunden arbeiten, zu denen Fürsorgerinnen verpflichtet waren. Sie hatten nur 14 statt 19 Tage Urlaub und zudem ein geringeres Einstiegsgehalt von 199 Schilling, während jenes der Fürsorgerinnen mit Matura 219 Schilling brutto betrug. Köstler 1930, 290-291. Laut dem *Historischen Währungsrechner* der *Österreichischen Nationalbank* entspricht dies einem aktuellen Bruttomonatsgehalt von etwa 845 Euro bzw. 930 Euro.

34 Vgl. Staffa-Kuch 1930, 304.

35 Wie die Einsicht in Primärquellen verdeutlicht, konnte bis 1927 schon nach zwei Jahren Dienstzeit um ein vorzeitiges Definitivum angesucht werden, das in der Praxis oftmals nach drei Jahren vergeben wurde. Ab 1927 wurden nur noch Anträge nach vollendeten fünf Jahren Dienstzeit angenommen. Roth Maria 1927, Gutachten zum Definitivum Marie Eigner (Eintrag 173), Fachvereine Fürsorge, WStLA.

36 Verglichen mit anderen beruflichen Positionen, die Frauen ohne Ausbildung einnehmen konnten, wie beispielsweise in der Industrie, Landwirtschaft oder im häuslichen Dienst, war dies ein enormer sozialer Aufstieg und ein Anstieg an Absicherung und Planbarkeit. Siehe vergleichend das Werk von Jessica Richter (2024) zu den Hausgehilfinnen und ihren prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen zu dieser Zeit.

37 In der Praxis wurde im Personalkataster das „Hilfs-“ einfach weggestrichen, die Person war nun Fürsorgerin. Bei den Fürsorgerinnen wurde „Haupt-“ vor dem bisherigen Titel Fürsorgerin ergänzt.

38 Vgl. Melinz/Ungar 1996, 82.

Personal der Bezirksjugendämter durch jeweils zwei bis vier Kanzleikräfte sowie zwei bis vier Jugendärzt:innen, die als Vertragsangestellte tätig waren.

Leitungsfunktionen innerhalb des Jugendamts waren in den 1930er Jahren in Wien ausschließlich Männern vorbehalten. Die 14 Bezirksjugendämter waren im Jahr 1937 mit je einem männlichen Leiter und einem bis vier männlichen Amtsvormündern besetzt.<sup>39</sup> Nur wenige Frauen waren als rechtskundige Beamten tätig, ein Aufgabengebiet für Juristinnen. Zugleich eröffneten sich für Hauptfürsorgerinnen, teils auch ohne akademischen Titel, neue Aufgaben in der Amtsvormundschaft: 22 von ihnen waren inzwischen in dieser Funktion tätig, das entsprach rund 13 % aller Hauptfürsorgerinnen.<sup>40</sup> Damit konnten einige Kolleginnen davon profitieren, dass die Berufs- und Personalvertretung diese Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs ausgehandelt hatte. Ein weiterer Aufgabenbereich war ebenfalls nur mit Hauptfürsorgerinnen besetzt: die Tätigkeit in der Zentrale des Jugendamts. Hier waren 1937 alle 14 Beschäftigten Hauptfürsorgerinnen mit langjähriger Erfahrung.

In den Bezirksjugendämtern zeigte sich hingegen eine deutlich veränderte personelle Struktur: Die Zahl der Hilfsfürsorgerinnen nahm kontinuierlich zu und verschob das Kräfteverhältnis innerhalb des Berufsstands. Während Ende 1928 rund 220 Fürsorgerinnen und 52 Hilfsfürsorgerinnen im Dienst standen (Verhältnis 80:20)<sup>41</sup>, machte ihr Anteil bis Ende 1931 27 % aus.<sup>42</sup> 1937 standen – nach der Umbenennung – 166 Hauptfürsorgerinnen 102 Fürsorgerinnen gegenüber, ein Anteil von 38 %.<sup>43</sup> Diese Entwicklung belegt den wachsenden Einfluss der vormaligen Hilfsfürsorgerinnen, die

39 Die Leitung der Bezirksjugendämter hatten Juristen und Jugendanwälte inne, vgl. eigene Auswertung des Handbuchs der Stadt Wien (1937, 95-103). Die Fachgruppenleitung der Hauptfürsorgerinnen kritisierte 1933, dass es sich dabei um „Juristen [handle], die die Arbeit der Sprengelfürsorgerinnen nie aus eigener Erfahrung kennen gelernt haben“, und verwies zugleich auf die problematische Abschaffung der weiblichen Fürsorgeleiterinnen im Jahr 1925. Da jedoch weiterhin eine informelle Leitung innerhalb des angestellten Personals notwendig blieb, übernahmen erfahrene Fachfürsorgerinnen die Anleitung und Kontrolle neuer Kolleginnen. Diese faktische Leitungsfunktion, so das Argument in einem entsprechenden Schreiben, müsse auch anerkannt und honoriert werden. Vgl. Schreiben Fachgruppenleitung der Hauptfürsorgerinnen an das Präsidium des Verbands, 8.11.1933, Fachvereine Fürsorge, Schachtel 2, WStLA.

40 Eigene Auswertung Handbuch der Stadt Wien 1937.

41 Vgl. Stadt Wien 1933a, 624.

42 Ende 1931 waren neben 204 Hauptfürsorgerinnen bereits 74 Fürsorgerinnen im Einsatz (Stadt Wien 1933a, 30).

43 Eigene Auswertung Handbuch der Stadt Wien 1937.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

mit dem 1930 errungenen Titel „Fürsorgerin“ zunehmend gleichberechtigt im Berufsalltag präsent waren und das Personalprofil der Bezirksjugendämter nachhaltig prägten.

Welche Veränderungen in der Personalstruktur des Jugendamts waren nun unter den beiden Diktaturen zu eruieren? Wie bereits erörtert, ist die Einschätzung von Zwangsmaßnahmen im Jugendamt um das Jahr 1934 aufgrund der Quellenlage schwieriger als im Jahr 1938. Quantitativ waren deutlich weniger Fürsorgerinnen von einem Jobverlust betroffen: Die bereits im März 1934 abgeschlossene „strenge Überprüfung“ aller Mitarbeitenden des Jugendamts hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung führte Obermagistratsrat Dr. Stephan Rieder durch, der das Jugendamt seit 1927 und bis 1938 leitete. Sein Bericht kam zum Ergebnis, dass er einzelne Fürsorgerinnen aufgrund ihrer vormaligen politischen Parteizugehörigkeit an andere Dienststellen versetzen müsse.<sup>44</sup> Nur bei drei Personen habe er Bedenken, sie überhaupt dienstlich weiter einzusetzen, und sie seien daher zu pensionieren bzw. zu entlassen.<sup>45</sup> Namentlich von Dr. Rieder genannt wurden → Elfriede Lichtenberg, → Katharina Flesch sowie eine weitere Person, Marie Wagner.<sup>46</sup> Zumindest Lichtenberg und Flesch waren nachweislich politisch aktive Sozialdemokratinnen. 1935 wurde → Emma Weissmann pensioniert, auch sie war – wie die anderen beiden – mit einem bekennenden Sozialdemokraten verheiratet. Zwei weitere Zwangspensionierungen aus dem Sample erfolgten 1937 im Zuge der Umsetzung der sogenannten Doppelverdienerverordnung, deren Ziel es war, verheiratete Frauen aus dem öffentlichen Dienst zu drängen. Betroffen waren u. a. → Else Schüssel und → Stella Wilflinger. In den Protest- bzw. Interventionsschreiben seitens → Leopoldine Kummer als Vertreterin des *Vereins der städtischen Fürsorgerinnen* wurde hingegen von fünf Personen gesprochen, die aber namentlich nicht genannt wurden.<sup>47</sup> Ein Bericht in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20.11.1937 mit dem Titel „Klerikalisierung der Fürsorge“ schreibt von zehn Fürsorgerinnen, die abgebaut wurden, weil sie „teils jüdisch, teils konfessi-

---

<sup>44</sup> Die Namen dieser Personen und deren Anzahl werden nicht genannt. Stellungnahme Dr. Rieder, 14.3.1938. Personalakt Flesch, WStLA.

<sup>45</sup> Vgl. Stellungnahme Dr. Rieder, 14.3.1934. In: Personalakt Flesch, WStLA.

<sup>46</sup> Aufgrund des im deutschsprachigen Raum sehr häufigen Namens konnte kein Personalakt oder anderes über sie eruieren werden. Der letzte bekannte behördliche Eintrag über Marie Wagner ist ihr Rekurs gegen ihre Kündigung, verzeichnet im Sachindex 1934, WStLA, Eintrag 6083.

<sup>47</sup> Für die erfolglosen Interventionen gegen den Abbau von fünf Fürsorgerinnen, unterstützt durch konservative Kräfte siehe → Kummer.

onslos und sozialistischer Gesinnung“ gewesen seien. Diese seien durch zehn Personen ersetzt worden, die allesamt aus der katholischen Fürsorgeschule von #Berta Pichl gekommen seien, dabei hätten zwei sogar bereits das Höchstalter für die Erstanstellung bei der Stadt Wien überschritten. Die neuen Mitarbeiterinnen wurden laut des Zeitungsberichts eingestellt, um ihre Kolleginnen zu bespitzeln.<sup>48</sup>

Im Nationalsozialismus konnten im nunmehrigen Gaujugendamt, geleitet von Dr. Hans Wolschansky, jüdische und politisch unliebsame Fürsorgerinnen entlassen oder zwangspensioniert werden. In den ersten Wochen nach dem ‚Anschluss‘ geschah dies unter Verweis auf die „Abbaubestimmungen“, eine Verordnung von 1934 in der Fassung von 1937.<sup>49</sup> Am 31.5.1938 trat die „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenstums“, die Berufsbeamtenverordnung (BBV) in der Ostmark in Kraft.<sup>50</sup> Diese erlaubte es den neuen Machthabern, Beamten:innen aus dem Dienst zu entfernen. Dies geschah – wie anhand des Quellenmaterials festzustellen ist – in einem weit größeren Ausmaß als 1934.

Der Verlust zahlreicher langjähriger Mitarbeiter:innen führte zu einem vorübergehenden Personalengpass. Bereits im April 1938 wies die Leitung des Jugendamts in einem Schreiben an die Magistratsdirektion Wien, Personalgruppe, auf diesen Mangel hin und hielt fest, dass „durch das Ausscheiden der jüdischen Fürsorgerinnen aus dem Dienst“ derzeit „Bedarf an dieser Kategorie von Angestellten“ bestehe.<sup>51</sup> Während ein Verwaltungsbericht von 1941, der sich auf das bis Jahresende 1938 „abgegangene Personal“ bezieht, für mehrere Berufsgruppen konkrete Zahlen nennt, finden sich keine Angaben zu den Fürsorgerinnen des Jugendamts.<sup>52</sup>

---

48 o. A. 1937, 6.

49 Landesgesetzblatt für Wien, 27.2.1934, Erlassung einiger dienstrechtlicher Bestimmungen, 9 und ihre Aktualisierung 1937.

50 Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenstums 1938, Präzisierungen und die zeitliche Ausweitung erfolgten in weiteren zwölf Novellen.

51 M. Abt. 14 an die Mag. Dir. Personalgruppe, 14.4.1938, Personalakt Grünhaus, WStLA.

52 Laut Bericht waren von den 23 „Tuberkulosefürsorgeärzten“ „acht Juden“; es wurden 14 neue „Jugendärzte“ nachbesetzt, und unter den „Schulärzten“ war Ende 1938 nur noch etwa die Hälfte des ursprünglichen Personals tätig. Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien 1941, 194-220.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Im Handbuch der Stadt Wien aus dem Jahr 1937 wurden am Jugendamt insgesamt 282 Haupt-/Fürsorgerinnen namentlich angeführt, davon 268 Personen an den Bezirksjugendämtern und 14 in der Zentrale des Jugendamts.<sup>53</sup> Auf Grundlage der erhaltenen Personalakten sowie der Angestelltenverzeichnisse von 1941 und 1944 konnten eigene Auswertungen des Personalstands vorgenommen werden. Für 158 Haupt-/Fürsorgerinnen ließ sich feststellen, dass sich ihr Anstellungsverhältnis zwischen 1937 und 1941 nicht verändert hatte und sie weiterhin, oftmals am selben Bezirksjugendamt, tätig waren.<sup>54</sup> Bei 49 Personen war mangels Personalakts nicht rekonstruierbar, weshalb sie 1941 nicht mehr im Dienst des Jugendamts standen. Ein eindrückliches Ergebnis ist, dass vorrangig im Jahr 1938 und abgeschwächt noch in den Folgejahren mindestens 70 Frauen den Dienst verließen, was etwa einem Viertel des Personals des Jugendamts entspricht. Von 37 Personen ist dokumentiert, dass sie 1938 ihre vermeintlich „freiwillige“ Pensionierung beantragten.<sup>55</sup> Unter eindeutigem Zwang und meist wegen § 3 der BBV (jüdische Herkunft) verloren mindestens 32 ihre Anstellung als Fürsorgerinnen, sie wurden entlassen oder zwangspensioniert. Mehrere Frauen wurden an andere Bezirksjugendämter versetzt. Bei mindestens fünf ist eindeutig nachvollziehbar, dass es sich um eine strafweise Versetzung oder fachliche Degradierung handelte.<sup>56</sup>

Im folgenden Diagramm sind die quantitativen Verhältnisse dieser Entwicklungen dargestellt:

- 
- 53 Die Datenbasis der 282 aufgelisteten Namen ist nicht ganz korrekt, wie bei den Erläuterungen zu den Quellen ausgeführt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden in diese Analyse lediglich jene Personen einbezogen, die im Handbuch 1937 gelistet waren.
- 54 Eingerechnet wurden auch „normale“ Entwicklungen wie die altersbedingte Pensionierung oder Tod.
- 55 Die Auswertung des Geschäftsprotokolls der Magistratsabteilung 14 für das Jahr 1938 (WStLA) sowie der vorhandenen Personalakten legt nahe, dass die überwiegende Mehrheit der betroffenen Fürsorgerinnen noch im Laufe desselben Jahres außer Dienst gestellt wurde. In einem Fall ist dokumentiert, dass eine Fürsorgerin mangels Pensionsanspruchs selbst um „freiwillige Dienstentsagung“ ansuchte. Darüber hinaus konnten einzelne Fälle identifiziert werden, in denen eine beantragte Pensionierung nicht mehr im Jahr 1938 genehmigt oder umgesetzt wurde oder die betroffenen Frauen 1941 zwar noch im Personalstand aufscheinen, jedoch vermutlich bereits ausgeschieden waren.
- 56 Die Versetzung brachte in diesen Fällen wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen mit sich oder eine fachliche Degradierung wie etwa die Verwendung und Bezahlung als Kanzleikraft.

#### 4.1. Jugendfürsorge und Wiener Städtisches Jugendamt

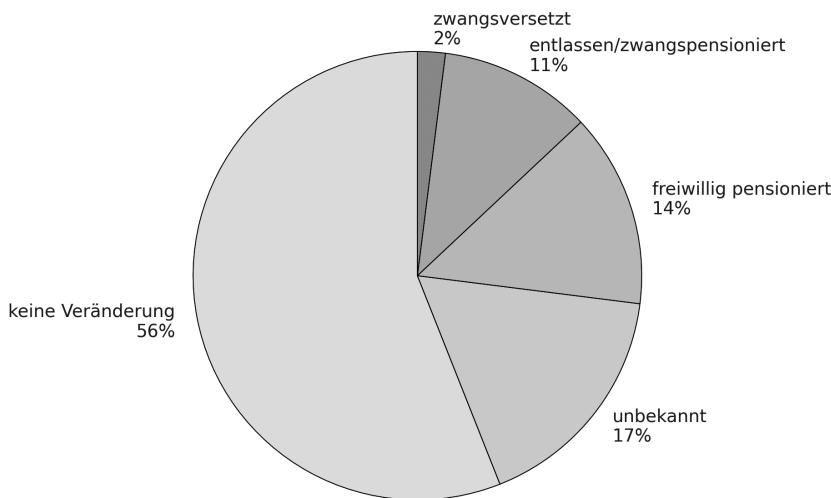


Abb. 2: Berufliche Entwicklungen bei Fürsorgerinnen am Jugendamt Wien (Zentrale und BJA) 1937–1941.

Von den Frauen des ausgewählten Samples waren Anfang März 1938 noch 33 als Haupt-/Fürsorgerinnen am Jugendamt tätig, davon waren drei (→ Kummer, Grünhaus, Kielmansegg) auch durchgängig bis 1945 und darüber hinaus am Jugendamt beschäftigt.

Der Vergleich des Personalstands von 1937 mit jenem von 1941 und 1944 zeigt auf, dass der Großteil aller Haupt-/Fürsorgerinnen, 56 %, weiterhin am Jugendamt arbeitete. Die Veränderungen erfolgten in wesentlich größerem Ausmaß im Zeitraum 1937 bis 1941 als im Zeitraum bis zum nächsten Handbuch 1944.<sup>57</sup> Das Ausscheiden dieser Personen bedeutete aber auch, dass viele neue Kolleginnen – meinen Berechnungen nach etwa 70 bis 80 Personen – im Zeitraum 1938 bis 1944 dazu gekommen sein müssten. Der Großteil der ‚arischen‘ Berufseinsteigerinnen absolvierte bereits die NS-Ausbildung als ‚Volkspflegerin‘ und war nach entsprechenden Kriterien ausgewählt worden.

In der Folge werden nun verschiedene Formen des (zwangswise) Ausscheidens aus dem Dienst am Jugendamt vorgestellt, beginnend mit der vermeintlich „freiwilligen“ Pensionierung. Im Jahr 1938 wurden im

<sup>57</sup> Die Schwachstellen dieser beiden Quellen insbesondere in Hinblick auf deren Vollständigkeit wurden in den Erläuterungen der Quellen detaillierter dargestellt.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Geschäftsbuch des Jugendamts 37 Ansuchen auf „freiwillige Pensionierung“ von Haupt-/Fürsorgerinnen erfasst. Die „Freiwilligkeit“ dieser Ansuchen muss jedoch hinterfragt werden, denn teils wurde das Vorgehen von den Vorgesetzten empfohlen.<sup>58</sup> Aus den verfügbaren Personalakten geht hervor, dass die Frauen die Pensionierung von sich aus beantragten und den Antrag mit Krankheit, Kinder- oder anderen Betreuungspflichten begründeten. Die Frauen waren nicht im üblichen Pensionsalter, sie waren im Durchschnitt 35 Jahre, die jüngste 26, die älteste 51 Jahre alt. Auffällig ist zudem, dass im Jahr davor oder danach keine bzw. nur vereinzelte Anträge auf freiwillige Pensionierungen verzeichnet sind.<sup>59</sup> Die beiden vorgestellten Fälle von → Lindinger und → Bazarowski, beide katholischen Glaubens, weisen eindeutig auf den Zwangsscharakter hinter der vermeintlichen Freiwilligkeit der Pensionierung hin.<sup>60</sup> Bei den anderen Fällen von „freiwilligen“ Pensionierungen kann über die wahren Motive nur spekuliert werden.

Ab Mitte März bis Ende Mai 1938 wurden die Zwangspensionierungen aufgrund der Abbaubestimmungen von 1934 durchgeführt. Dies betraf aus dem Sample neun Personen, zumeist mit dem Austrittsdatum 30.04.1938. Es handelte sich bei ihnen allesamt um Hauptfürsorgerinnen jüdischer Herkunft (→ Donath, Falter, Haas, Kolari, Maresch, Reichner, Teleky, Vesely, Werner). Es kann daraus jedoch nicht rückgeschlossen werden, dass alle Hauptfürsorgerinnen bereits in der ersten Jahreshälfte 1938 zwangspensioniert wurden, manche betraf dies erst später im selben Jahr oder im Folgejahr.

Ab 31.5.1938 war die BBV 1938 in Kraft. Von dieser waren 18 Personen aus dem Sample betroffen: 14 Personen wurden nach § 3 BBV (jüdisch bzw. jüdische Herkunft) gemaßregelt, davon wurden zehn zwangspensioniert (→ Hofmann, Ocsenašek, Rosenfeld, Schönwiese, Soffner, Strasser, Türkel, Postelberg, Friedländer und Herz) und vier entlassen, da sie nicht die erforderliche Dienstzeit von zehn Jahren hatten (→ Hostowsky, Kornfeld, Zalodek und Fried). Die Maßnahme wurde überwiegend mit Ende Oktober

58 Der Bericht der Historikerkommission bezeichnet diese Pensionierungen als „mehr oder weniger freiwillige Ansuchen um Pensionierung aus der Zeit von März bis Juni 1938“, vor allem von Personen, die Zwangsmaßnahmen zuvorkommen wollten. Mejstrik et al. 2004, 296.

59 Eigene Auswertung Geschäftsprotokoll M.Abt. 14, 1937 bzw. 1939, WStLA.

60 → Lindinger forderte nach dem Krieg ihre Stelle wieder ein und betonte die Zwangssituation: Sie habe Angst gehabt, dass ihre bislang verdeckte jüdische Abstammung aufgedeckt werde, Personalakt Margarethe Lindinger, WStLA. → Bazarowski ließ sich wahrscheinlich wegen der jüdischen Herkunft ihres Ehemanns pensionieren, Personalakt Karoline Bazarowski, WStLA.

bzw. mit Ende Dezember 1938 umgesetzt. Die Zusammensetzung der Betroffenen war hier diverser: je genau die Hälfte waren Hauptfürsorgerinnen bzw. Fürsorgerinnen. Keine der Personen wurde offiziell nach § 4 BBV, also aus politischen Gründen, gemaßregelt. Jene Person, die als politisch aktive Kommunistin verhaftet wurde, → Kiesling, wurde gleich unmittelbar nach dem noch strengeren § 53 Deutsches Beamten gesetz und nicht nach der BBV entlassen.<sup>61</sup>

Zwei weitere Paragrafen wurden ausschließlich für die vier Fürsorgerinnen mit katholischem Glaubensbekenntnis genutzt: Zwei Personen wurde nach § 5 BBV zwangsversetzt. Sie blieben also im Dienst, allerdings an einem anderen Dienstposten: dabei handelte es sich um → Plan und → Kresnicka. Die Sozialdemokratin Plan wurde mehrfach und zuletzt 1944 ins *Amt für gemeindliche Luftschutzmaßnahmen* versetzt, Kresnicka wurde aufgrund ihrer katholischen Überzeugung 1939 in den Kanzleidienst degradiert.<sup>62</sup> Aufgrund des § 6 BBV (Diensterfordernis) außer Dienst gestellt wurden die beiden Hauptfürsorgerinnen → Lorenz und → Buhl, beide Maßnahmen erfolgten erst im Februar bzw. April 1939.<sup>63</sup>

Zusammenfassend kann für die untersuchten Fälle festgestellt werden, dass der weitaus größte Anteil der Entlassungen bzw. Zwangspensionierungen mit § 3 BBV wegen jüdischer Herkunft begründet und bis Ende 1938 umgesetzt wurde, während die katholisch organisierten Fürsorgerinnen erst später pensioniert oder nur zwangsversetzt wurden.

Am Beispiel des am deutlichsten betroffenen Jugendamts wird die Chronologie der Ereignisse auf lokaler Ebene aufzeigt: Am Bezirksjugendamt Leopoldstadt arbeiteten 16 Fürsorgerinnen, davon wurden fünf, also fast ein Drittel der Fürsorgerinnen, als Jüdinnen im Frühjahr 1938 zwangspensioniert (→ Soffner, Teleky, Herz, Donath und Reichner). Vier weitere Fürsorgerinnen ließen sich im Sommer bzw. Herbst 1938 „freiwillig“ in den Ruhestand versetzen. Dies bedeutet, dass fast die Hälfte der Fürsorgerinnen im Jahr 1938 (zwangs-)pensioniert wurde und das Wissen dieser Fürsorgerinnen, die bereits mindestens ein Jahrzehnt dort gearbeitet hatten, verloren ging. Mit → Kiesling wurde 1943 eine weitere Fürsorgerin aus politischen Gründen entlassen. Geleitet wurde dieses Bezirksjugendamt von Dr. Franz

61 § 53 Deutsches Beamten gesetz sah im Fall einer gerichtlichen Verurteilung das unmittelbare Ausscheiden aus dem Beamtenstatus vor. Dies bedeutete die Entlassung ohne weitere Zahlungen, selbst für Personen, die bereits einen Pensionsanspruch erworben hätten. Vgl. Deutsches Beamten gesetz (DBG 1937).

62 Personalakt Julia Plan, WStLA; Personalakt Justine Kresnicka, WStLA.

63 Personalakt Gertrud Lorenz, WStLA; Personalakt Maria Buhl, WStLA.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Fettinger, der ab November 1938 dem Wiener Gaujugendamt vorstand und mehrere Auszeichnungen des NS-Regimes erhielt.<sup>64</sup> Bei der Entnazifizierung wurde Dr. Fettinger als „minderbelasteter Nationalsozialist“ gemäß des Verbots gesetzes eingestuft und ging 1946 in Pension.

Für das Bezirksjugendamt Brigittenau schildert → Kolari, dass mit ihr gemeinsam mehrere Fürsorgerinnen entlassen wurden: Am 14.3.1938 seien sie buchstäblich auf die Straße gestellt worden.<sup>65</sup> Auch im größten Bezirksjugendamt, Favoriten, mit 32 Fürsorgerinnen wurde eine Gruppe von drei Personen entlassen (→ Ocsenášek, → Böhmer und → Kornfeld), allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Es ließ sich nicht eruieren, ob es Verbindungen zwischen den drei aktiven Sozialdemokratinnen gab. Es gab auch einige Bezirksjugendämter, die von den Veränderungen 1938 kaum betroffen waren, wie Margareten, Josefstadt oder Fünfhaus.

In einigen wenigen Fällen konnten in den Personalakten der Fürsorgerinnen Einsprüche und Berufungen gegen die geplanten Versetzungen, Entlassungen und Zwangspensionierungen und Ansuchen um ihre Belassung im Dienst gefunden werden. Obwohl sich die Frauen in diesen Eingaben sehr unzufrieden mit der Entscheidung zeigten, wurde – um sich selbst nicht zu gefährden – vor allem mit der Liebe zum Beruf und ihren unpolitischen Ansichten bzw. mit der nationalsozialistischen Überzeugung argumentiert. In keinem der bekannten Fälle wurde dem Ansuchen stattgegeben.

Wie für den deutschen NS-Kontext ab 1933 festgestellt wurde, konnte es niemandem im Bereich der damaligen Sozialen Arbeit verborgen bleiben, dass vor allem sozialistische und jüdische Kolleg:innen plötzlich entlassen wurden.<sup>66</sup> Vergleichbares kann angesichts der erhobenen Zahlen auch für Wien angenommen werden. Weder für NS-Deutschland noch für Wien konnten Proteste seitens der Kolleg:innen eruieren werden, stattdessen nutz-

---

64 Der Jurist Dr. Franz Fettinger (\*1890) war 1919 als rechtskundiger Beamter in den Dienst der Stadt Wien getreten. Im November 1938 wurde der Nationalsozialist zum Obermagistratsrat befördert und mit der Leitung des Gaujugendamts betraut. Ab 1944 erhielt er die Leitung der Abteilung H1 (Allgemeine Verwaltung der Hauptabteilung Wohnungs- und Siedlungswesen). In der Nachkriegszeit kam die rechtswidrige Vergabepraxis des Wohnungsamts ans Tageslicht, die ehemalige Nationalsozialist:innen bevorzugte. Alle Informationen aus dem Personalakt Fettinger, WStLA.

65 Aus dem BJA Brigittenau sind nur wenige Personalakten überliefert, darunter keiner der genannten Personen. Geleitet wurde das BJA Brigittenau von Dr. René Kundi, über den ebenfalls kein Personalakt erhalten ist.

66 Vgl. Kuhlmann 2017, 43.

ten manche ehemaligen Kolleg:innen die so frei gewordenen Stellen für ihre eigene Karriere.

#### 4.2. TBC-Fürsorge

Die Lungenkrankheit Tuberkulose (TBC) war im 19. Jahrhundert in Europa weit verbreitet, insbesondere jedoch in der damaligen Reichshauptstadt Wien, weshalb sie auch als „Wiener Krankheit“ bezeichnet wurde. Rasche Urbanisierung und prekäre Lebensbedingungen wie überbelegte, feuchte Wohnungen in den Arbeiter:innenbezirken, unzureichende Ernährung und fehlendes Sonnenlicht (Vitamin D) führten zu einer hohen Erkrankungs- und Sterblichkeitsrate. Die notwendige Isolation Erkrankter war unter den gegebenen Wohnverhältnissen kaum möglich, was die Ausbreitung der Krankheit begünstigte, insbesondere unter Kindern und jungen Erwachsenen.<sup>67</sup>

Die Bekämpfung der TBC erfolgte durch sogenannte Tuberkulosefürsorgestellen, die überwiegend von privaten Organisationen wie dem *Roten Kreuz* getragen wurden.<sup>68</sup> Der Sozialmediziner Dr. Ludwig Teleky, der Vater von → Anna Teleky, engagierte sich in mehreren Vereinen der Tuberkulosefürsorge, so auch im Dachverband, dem *Österreichischen Zentralkomitee zu Bekämpfung der Tuberkulose*, in welchem sich die Vereine zur TBC-Bekämpfung 1911 zusammengeschlossen hatten.<sup>69</sup> Der zehn Jahre ältere Dr. Siegfried Rosenfeld, der Vater von → Anna Rosenfeld, befasste sich als Sozialmediziner mit der statistischen Erfassung und Auswertung von Gesundheitsdaten der Arbeiter:innenschaft und untersuchte insbesondere die Ursachen und Folgen von TBC.<sup>70</sup> Im Jahr 1918 bestanden in Wien sieben private Tuberkulosefürsorgestellen, 1919 wurde auch eine im *Verein Wiener Settlement* (→ Federn) gegründet.<sup>71</sup> Private Vereine unterstützten und organisierten Erholungsschlüsse tuberkulosekranker bzw. -gefährdeter Kinder wie das von → Grünfeld initiierte Seebad in Grado.

<sup>67</sup> Vgl. Dietrich-Daum 2007, Junker/Wallner 2004, 200 sowie Pils 2004.

<sup>68</sup> Vgl. Götzl 1930, 10.

<sup>69</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin 2013, 58-60.

<sup>70</sup> Rosenfeld publizierte 1901 seine Studie „Zur Verbreitung der Tuberkulose in Österreich“ und forschte nach dem Ersten Weltkrieg u. a. über die kriegsbedingten Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit. Vgl. Mentzel 2021.

<sup>71</sup> Vgl. Götzl 1930, 10.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Die ersten staatlichen Tuberkulosefürsorgestellen wurden ab 1917 eingerichtet. In dieser Zeit wurde in der öffentlichen Debatte die seit der Jahrhundertwende geltende Melde- und Desinfektionspflicht erneut ins Bewusstsein gerufen und ihre konsequente Umsetzung eingefordert. Die Tuberkulosefürsorgestellen erhielten den Auftrag, nach Infektionsquellen zu suchen, die Bevölkerung über Ansteckungsrisiken aufzuklären und Erkrankte zur freiwilligen Behandlung zu motivieren.<sup>72</sup> Der rasche Ausbau dieser Einrichtungen führte zu einem erhöhten Bedarf an fachlich geschultem Personal. Zunächst wurden Frauen vor allem aus dem Bereich der Krankenpflege in Spezialkursen zu Fürsorgeschwestern ausgebildet, später auch Fürsorgerinnen.<sup>73</sup> Ab 1925 war die TBC-Fürsorge Bestandteil der Fürsorgeausbildung der städtischen Akademie für soziale Verwaltung.<sup>74</sup> Ab 1926 konnten auch Frauen, die freiwillig bzw. in anderen Institutionen arbeiteten, über das Gesundheitsamt die fünfmonatige Ausbildung als Tuberkulose-Hilfsfürsorgerin absolvieren.<sup>75</sup> Die Tuberkulosefürsorgerinnen waren beim Gesundheitsamt der Stadt Wien angestellt und hatten im Vergleich zu den Fürsorgerinnen am Jugendamt eine wesentlich schlechtere Einstufung. Während die Hilfsfürsorgerinnen des Jugendamts in Bezugsklasse V und IV eingestuft waren, begannen die Tuberkulosefürsorgerinnen bei Klasse VII.<sup>76</sup> TBC-Fürsorgerinnen stellten etwa ein Viertel aller Fürsorgerinnen bei der Stadt Wien.<sup>77</sup>

Im *Roten Wien* wurde die Tuberkulosefürsorge unter Dr. Alfred Götzl<sup>78</sup> rasch ausgebaut. Es wurden bis 1923 fünf städtische Tuberkulosefürsorgestellen geschaffen, bis 1928 weitere fünf und weitere waren in Planung, sodass nach Ansicht deren Leiters in Wien – im Gegensatz zu anderen Bun-

72 In einem von #Max Winter (1917) verfassten ganzseitigen Bericht, betitelt „Die Fürsorgerin. Ein Gang in die Behausungen Tuberkulöser“, sind die Fragen und Dialoge nachzulesen, die eine Fürsorgerin für die Beratungsstelle des *Vereins Heilanstalt Alland* in Ottakring und Hernals führte. Angesichts des Mangels an Unterbringungsplätzen für Kinder, die an offener Tuberkulose litten, forderte Winter eine Aufstockung der Ressourcen.

73 Der Erlass aus dem k. u. k. *Ministerium des Inneren* vom 7.8.1916 verfügte die Einrichtung von Schulen im Bereich der Krankenpflege und der Fürsorgeschwestern (Dietrich-Daum 2007, 258).

74 Vgl. Götzl 1930, 11.

75 o. A. 1926.

76 Vgl. Staffa-Kuch 1930, 305.

77 Köstler 1930, 289.

78 Der Leiter der Tuberkulosefürsorge der Stadt Wien war Dr. Alfred Götzl (1873–1946), bis er 1938 als Jude entlassen wurde und mit seiner Frau und beiden Kindern in die USA flüchten konnte. Posch o. J.

desländern – der Bedarf gut abgedeckt war. Im Jahr 1932 bestanden in Wien insgesamt 25 derartige Einrichtungen. Etwa die Hälfte davon wurde von der Gemeinde Wien betrieben, die übrigen von privaten Trägern wie dem *Roten Kreuz* oder den Krankenkassen verschiedener Berufsgruppen. In den Folgejahren blieb die Zahl der Tuberkulosefürsorgestellen annähernd konstant.<sup>79</sup>

In den Einrichtungen waren üblicherweise ein bis zwei Ärzte sowie mehrere Fürsorgerinnen und Hilfsfürsorgerinnen tätig. Während die Ärzte für die medizinische Untersuchung in den Beratungsstellen zuständig waren, übernahm das weibliche Personal, Fürsorgeschwestern bzw. Fürsorgerinnen, die Dokumentation und die direkte Arbeit mit den Patient:innen. Diese geschlechtsspezifisch strukturierte Arbeitsverteilung verweist auf „das typische Macht- und Kompetenzgefälle der medizinischen Arbeitswelt“.<sup>80</sup> Auch innerhalb der Gruppe der weiblichen Fachkräfte war die Aufgabenverteilung stark differenziert: Die besser ausgebildeten Fürsorgerinnen und Fürsorgeschwestern unterstützten die Ärzte bei den Untersuchungen in den Einrichtungen und übernahmen die Schreibarbeiten und die Verwaltung der Fallakten. Die Hilfsfürsorgerinnen hingegen waren vorwiegend mit der Arbeit in den Wohnungen der Tuberkulosekranken betraut.

Diese Mitarbeiterinnen der städtischen Tuberkulosefürsorgestellen waren als Erhebungs- und Aufklärungsgorgane im Rahmen ihrer Hausbesuche oft unerwünscht. Neben der Kontrolle der Wohn- und Schlafverhältnisse hatten sie Bettgeher:innen wegzuweisen, die für verarmte Familien eine wichtige Einnahmequelle darstellten, was zu Spannungen führte. Konflikte ergaben sich zudem mit jenen niedergelassenen Ärzten, die Todesfälle nicht als TBC-bedingt meldeten, sowie mit anderen Feldern der Fürsorge, vor allem mit den Mutterberatungsstellen und der Geburtshilfe.<sup>81</sup> Trotz dieser Schwierigkeiten trug die Tuberkulosefürsorge dazu bei, Erkrankungen früher zu erkennen und Infektionsketten zu unterbrechen. Unterstützt durch Maßnahmen des *Roten Wien* wie etwa Vorreihungen Tuberkulöser für Gemeindewohnungen, die Errichtung öffentlicher Badeanstalten, Lungenheilstätten, Kindererholungsurlaube und medizinische Fortschritte in Diagnostik und Behandlung ging die TBC-Sterblichkeit bis zum Zweiten Weltkrieg deutlich zurück.<sup>82</sup>

79 Vgl. Götzl 1930, 13-14, Dietrich-Daum 2007, 270.

80 Dietrich-Daum 2007, 259.

81 Vgl. Dietrich-Daum 2007, 273-286, Götzl 1930, 11.

82 Vgl. Junker/Wallner 2004, 201.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Anfang der 1930er Jahre waren in den städtischen TBC-Fürsorgestellen 58 Fürsorgerinnen beschäftigt, weitere 28 bei anderen Trägern.<sup>83</sup> An gesichts fehlender Quellen und Forschung ist unklar, ob und, wenn ja, wie viele Fürsorgerinnen aus politischen Gründen 1934 entlassen oder zwangspensioniert wurden. Nach dem ‚Anschluss‘ 1938 wurde die Tuberkulosebekämpfung den staatlichen Gesundheitsämtern übertragen. Auch in der städtischen TBC-Fürsorge wurden im Nationalsozialismus jüdische Beamt:innen entlassen, laut eines Verwaltungsberichts aus 1941 über das Jahr 1938 waren von den 54 städtischen TBC-Fürsorgerinnen „vier Jüdinnen“.<sup>84</sup> → Eleonora Fried war zum Beispiel erst drei Monate als TBC-Fürsorgerin tätig, als sie entlassen wurde und fliehen musste. Auch andere Frauen aus dem Sample waren in dem Bereich der TBS-Fürsorge tätig, allerdings nicht im Jahr 1938 bei der Stadt Wien angestellt. → Hermine Schlesinger war etwa drei Jahre lang, bis 1932, in der TBC-Fürsorge der Stadt Wien tätig und zu diesem Zeitpunkt aus gesundheitlichen Gründen außer Dienst gestellt. → Anna Lang, deren Vater an TBC verstorben war, arbeitete mehrere Jahre in der TBC-Fürsorge und in der Siechenstation der jüdischen Verwaltung im Ghetto Theresienstadt. Sie vertiefte ihre Kenntnisse 1946 in einem Kurs zu TBC-Prävention in der Schweiz und kehrte mit diesem Wissen nach Wien zurück, wo sie eine Anstellung in diesem Bereich bei der Stadt Wien fand.

#### *4.3. Fürsorgeinstitutionen der IKG Wien*

Die Fürsorge für die jüdische Bevölkerung Wiens wurde einerseits traditionell von zahlreichen jüdischen Frauen- und Wohlfahrtsvereinen getragen, die im anschließenden Kapitel dargestellt werden, und andererseits von der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG). Dieser oblag teilweise die Verwaltung von Stiftungen und Fonds, die von jüdischen Philanthrop:innen eingerichtet worden waren. Eine klare Abgrenzung zwischen den Trägern ist schwierig, denn einige private Vereine waren eng an die IKG angebunden, wurden von ihr finanziert und anderweitig unterstützt und agierten in

---

83 Vgl. Dietrich-Daum 2007, 287.

84 Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien 1941, 200.

ihrem Sinne.<sup>85</sup> Der Fokus dieses folgenden Abschnitts liegt auf den Fürsorgeinstitutionen der IKG Wien.

In der jüdischen Gemeinde Wiens wurde die Organisation der Armenfürsorge im Lauf der Zeit mehrfach umgestaltet. Schon bald nach der formalen Anerkennung der Israelitischen Kultusgemeinde durch das „Israelitengesetz“ wurde 1892 ein Wohltätigkeitsamt gegründet. In der 1908 gegründeten *Zentralstelle für jüdische soziale Fürsorge* wurde das Ziel verfolgt, mittels eines Zentralkatasters einen Überblick über die zu Befürsorgenden, aber auch die unterstützenden Vereine zu erhalten sowie ein Bindeglied zwischen öffentlicher und privater Fürsorge zu sein. 1924 wurde nach Beratungen mit dem städtischen Jugendamt innerhalb der Zentralstelle eine eigene *Jüdische Jugendfürsorge* initiiert, welche die 62 ihr angeschlossenen Vereine untereinander vernetzen sollte.<sup>86</sup>

Im April 1930 wurde eine neuerliche Reform bzw. Zentralisierung des Fürsorgewesens geplant, um die Administration in einer einzigen Institution, der neuen *Fürsorgezentrale der IKG Wien* zusammenzuführen. Im September desselben Jahrs erschien die Publikation der IKG Wien „Unser Fürsorgewerk“, die einen Überblick über die neuen Strukturen gab und auch die Zusammenarbeit mit den Vereinen der freiwilligen jüdischen Fürsorge klären sollte, im Sinne von „Rationalisierung“ und Zweckmäßigkeit. Die Fürsorgezentrale war in drei Sektionen gegliedert: Die Organisation und Kontrolle sowie Finanzierungs- und Rechtsangelegenheiten fielen in den Zuständigkeitsbereich der Sektion 1. Die Armenfürsorge für bedürftige Erwachsene wurde von Sektion 2 übernommen. Mit der Jugendfürsorge war Sektion 3 betraut, die sich um die Unterbringung Minderjähriger, die Erholungsfürsorge, die Berufsvormundschaft und die Jugendgerichtshilfe kümmerte. Neu war weiters, dass in die Fürsorgekommissionen sowie die Bezirksfürsorgekommissionen erstmals auch Frauen als vollberechtigte Mitglieder berufen wurden.<sup>87</sup>

Die IKG verfügte in den 1930er Jahren in Wien über ein gut ausgebauts Fürsorgesystem, das zusätzlich zu den genannten Bereichen auch Spitäler

---

85 So wird im IKG-Bericht „Unser Fürsorgewesen“ angeführt, dass die Aufgaben der vielen privaten Fürsorgevereine „nicht ohne Förderung und Einflussnahme der Kultusgemeinde erfolgen“ (vgl. Israelitische Kultusgemeinde Wien 1930, 15-16).

86 Zur Zentralstelle und der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt: Stelzer 2007. Die Auflistung über die jüdische Jugendfürsorge in: Zentralstelle für jüdisch soziale Fürsorge 1925.

87 Israelitische Kultusgemeinde Wien 1930, 15-17.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

und andere Institutionen im Gesundheits- und Pflegebereich umfasste.<sup>88</sup> Die IKG Wien finanzierte etwa das Rothschild-Spital,<sup>89</sup> ein eigenes Altersheim in der Seegasse<sup>90</sup> und ein Kinderambulatorium im Augarten.<sup>91</sup> Die Kultuszahlungen ihrer Gemeindemitglieder sowie Spenden waren die finanzielle Grundlage für die Fürsorge der IKG Wien. Angesichts der steigenden Inanspruchnahme der Wohlfahrtsinstitutionen konnten nicht mehr alle jüdischen Personen ausreichend versorgt werden. Das *American Jewish Joint Distribution Committee*<sup>92</sup> unterstützte die IKG in ihren Aufgaben.<sup>93</sup> Mit den Geldern dieses Komitees konnten sowohl Armenküchen finanziert werden als auch die Emigration von jüdischen Gemeindemitgliedern.

Bereits Mitte der 1930er Jahre war die Zahl der Befürsorgten durch die IKG Wien hoch. Die Fürsorgezentrale der IKG Wien hatte 1936 allein 60 000 Personen zur Unterstützung registriert, was etwas mehr als einem Drittel der jüdischen Bevölkerung entsprach. Dies war bedingt durch die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit aufgrund des zunehmenden Antisemitismus und durch die Zuwanderung osteuropäischer und seit 1933 auch deutscher Flüchtlinge nach Wien. Mit der Unterstützung dieser Anzahl an Menschen wäre die IKG allein überfordert gewesen, insgesamt kümmerten sich auch 119 Fürsorgevereine um die Bedürftigen.<sup>94</sup>

Nach der Schließung der Israelitischen Kultusgemeinde im März 1938 und ihrer Wiedereröffnung im Mai 1938 unter dem Namen *Jüdische Gemeinde* bestand ihr Zweck – im Sinne des NS-Regimes – primär in der Organisierung der Auswanderung bzw. Flucht sowie in der Versorgung

---

88 Vgl. Duizend-Jensen 2004, 25-28.

89 Mehr zum Rothschild-Spital: Duizend-Jensen 2004, 27 sowie Heindl 1998. In diesem Spital war → Erika Herz vor ihrer Flucht als Praktikantin vorangemeldet.

90 Mehr zum Altersheim in der Seegasse: Raggam-Blesch 2017b, 240-260. Zur Mitarbeit in diesem Altersheim wurden die beiden Jüdinnen → Anna Teleky 1941 bis Mitte 1942 und → Anna Lang Anfang 1942 verpflichtet.

91 Der Tätigkeitsbericht der IKG Wien für die Jahre 1933-1936 gibt einen Überblick über das „Fürsorgewesen der israelitischen Kultusgemeinde“, die Hilfeleistungen in der sozialen Fürsorge, u. a. über das Kinderambulatorium (Israelitische Kultusgemeinde Wien 1936, 91-93).

92 Das *American Jewish Joint Distribution Committee* mit Sitz in New York begann seine Arbeit im europäischen Raum im Ersten Weltkrieg. Vergeben wurden Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen, Auswanderungen, Berufsausbildung und Kinderbetreuung jüdischer Waisenkinder (Bauer 1974, 105-120). Ein frühes Beispiel stellt die Finanzierung des Erziehungsheims Baumgarten für jüdische Waisenkinder dar, in welchem → Patak die Interessen des *Joint* zu wahren versuchte.

93 Vgl. Israelitische Kultusgemeinde Wien 1930, 1-4.

94 Vgl. Rabinovici 2000, 39.

ihrer verarmten bzw. beraubten Gemeindemitglieder.<sup>95</sup> Der Amtsleiter der Fürsorge, → Emil Engel, und die Leiterin der Jugendfürsorge, → Rosa Rachel Schwarz, unterstützten jüdische Hilfsbedürftige inoffiziell mit noch rasch vor der Gestapo in Sicherheit gebrachten Geldern.<sup>96</sup>

In Österreich lebten bis Anfang März 1938 etwa 201 000 Personen, die wenige Tage später nach NS-Definition als ‚jüdisch‘ galten. Davon waren 181 882 Menschen Mitglied in den jeweiligen Kultusgemeinden. Der Großteil lebte in Wien, die IKG Wien zählte 167 249 Mitglieder. Diese Zahl von in Wien lebenden Jüdinnen:Juden verminderte sich bis Jahresende 1938 vor allem durch die Emigration auf etwa 118 000 Personen.<sup>97</sup> Aufgrund der Flucht der mehrheitlich jüngeren Menschen musste sich die Fürsorge der jüdischen Gemeinde Anfang der 1940er Jahre vor allem um die alten, teils kranken und nicht mobilen Menschen kümmern.<sup>98</sup> Der zweite Schwerpunkt war die Unterstützung im Bereich der allgemeinen Armenfürsorge: Insbesondere ab der nationalsozialistischen Machtübernahme stieg die Zahl der Hilfsbedürftigen erneut an, infolge von NS-Zwangsmaßnahmen wie Entlassungen und Enteignungen.<sup>99</sup>

Eine zentrale Figur der Fürsorge der Wiener IKG war → Rosa Rachel Schwarz, die den Bereich der Jugendfürsorge etwa ein Jahrzehnt lang leitete, bis sie 1939 nach Palästina entkommen konnte. Zu diesem Zeitpunkt war die Jugendfürsorge bereits mit der allgemeinen Fürsorge zusammengelegt worden. Weiters in der IKG tätig waren → Lily Reichenfeld, ab 1930 und bis zu ihrer Deportation 1942 im Fürsorgeamt, und Lily Neufeld, die danach ihre Stelle gemeinsam mit → Franzi Löw übernahm.<sup>100</sup> Die bislang schon bekannten Namen der Fürsorgerinnen, die vor allem 1938 und 1939 mit der Organisation der Kindertransporte nach England beschäftigt waren,

---

95 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch 2017a, 128.

96 Vgl. Rabinovici 2000, 72.

97 IKG Wien 1938.

98 Vgl. Rabinovici 2000, 95.

99 Bereits im Jahr 1937 entfielen etwa 50 % der Ausgaben der IKG auf Fürsorgeleistungen. Ab 1938 stiegen die Ausgaben exponentiell an und selbst Unterstützung aus dem Ausland reichte – vor allem für den Bereich Auswanderung – nicht aus. IKG Wien 1938, 4–5. Die Verarmung breiter Kreise der jüdischen Bevölkerung zeigt sich an deren Inanspruchnahme von Ausspeisungen der IKG, die sich von März bis September 1938 mehr als verdreifachte. Die ursprüngliche Zahl verzehnfachte sich bis September 1939, als über 36 000 Personen versorgt werden mussten (Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch 2017a, 132–135).

100 Rabinovici (2000, 180) nennt als die vier „aufopferungsvollen Fürsorger“ namentlich: → Emil Engel, → Rosa Rachel Schwarz, Leo Landau und → Franzi Löw.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

können nun, durch eigene Recherche und die Briefedition ihrer Mutter,<sup>101</sup> um eine weitere Biografie ergänzt werden, jene von → Martha Wenger.

Ab Sommer 1938 bestand die Aufgabe der im Palais Rothschild neu eingerichteten *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* darin, die Beraubung und Flucht abzuwickeln und zu beschleunigen.<sup>102</sup> Anfang November 1942 wurde der *Ältestenrat der Juden in Wien* (in der Folge als ‚Ältestenrat‘ abgekürzt) als Vertretung eingesetzt. Dieser wurde von den NS-Behörden als Verein konstituiert und musste die Tätigkeiten der vormaligen IKG Wien übernehmen. Doch war er nun nicht mehr nur für jüdische Mitglieder der IKG, sondern auch für all jene zuständig, die nach den NS-Gesetzen als ‚jüdisch‘ definiert wurden; mehr als die Hälfte dieser Personen stammte aus einer ‚Mischehefamilie‘.<sup>103</sup> Laut einem Bericht des ‚Ältestenrats‘ nahm die Zahl der Befürsorgten ab, so waren es 1943 noch rund 500 Personen, im Jahr darauf nur noch 400, da zahlreiche jüdische Personen aufgrund unzureichender Gesundheitsversorgung starben oder teilweise, weil sie den Schutz durch Angehörige verloren und ermordet wurden.<sup>104</sup>

Mit dem Eintreffen der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter:innen und deren Familien im Sommer 1944 waren wieder mehr Jüdinnen:Juden in Wien.<sup>105</sup> Die jüdische Gesundheitsfürsorge wurde von den NS-Behörden vor die Aufgabe gestellt, eine – wenn auch nur rudimentäre – Krankenversorgung für diese Menschen zu sichern. Die wohl bekannteste Krankenschwester dieser Zeit war #Mignon Langnas, die sich u. a. um die Gesundheit dieser Zwangsarbeiter:innen kümmerte,<sup>106</sup> während → Franzi Löw sich als Fürsorgerin stärker um die Versorgung mit Kleidung oder Nahrung annahm.

#### 4.4. Jüdische Vereine und Frauenwohltätigkeitsvereine

Das jüdische Vereinswesen in Wien war ein zentraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur. Die Gründung zahlreicher Vereine, insbesondere gegen

---

101 Vgl. Zedler 2023.

102 Anderl/Rupnow/Wenck 2004.

103 Vgl. Raggam-Blesch 2019, 151.

104 Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch 2017b, 492. Es wurden beispielsweise durch privilegierte ‚Mischehen‘ geschützte Personen nach dem Tod des ‚arischen‘ Partners deportiert und ermordet.

105 Mehr zu dieser Gruppe in Wien: Kovács/Frojimovics 2024.

106 Sie führte in dieser Zeit ein Tagebuch, das veröffentlicht wurde und Einblick in die Herausforderungen gewährt (Langnas/Fraller/Langnas 2010).

Ende des 19. Jahrhunderts, diente der Absicherung der sozialen Versorgung der jüdischen Bevölkerung – ein Prozess, der auch als Reaktion auf Antisemitismus verstanden werden kann, da er den Wunsch widerspiegelt, von dem „oft fragwürdigen Schutz“ des Staates unabhängig zu werden.<sup>107</sup> In den Vereinen finden sich die vielfältigen politischen, religiösen und kulturellen Strömungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wieder. So wurden Vereine mit einer sozialen Ausrichtung von zionistischen über orthodoxe bis zu assimilatorischen Strömungen gegründet, und entsprechend vielfältig war auch das jüdische Vereinsleben in Österreich und insbesondere in Wien.<sup>108</sup> Im Jahr 1938 bestanden etwa 560 bis 600 jüdische Vereine und davon 170 Fürsorgevereine, Wohltätigkeitsvereine, Frauenwohlfahrtsvereine und Ausspeisungsvereine, die vom NS-Regime aufgelöst wurden.<sup>109</sup> Im Rahmen dieser Studie liegt der Fokus insbesondere auf der jüdischen Jugendfürsorge und den jüdischen Frauenwohltätigkeitsvereinen. Die vorgestellten Institutionen stehen exemplarisch für zahlreiche jüdische Vereine, die sich in einem von Antisemitismus und anderen Ausgrenzungserfahrungen geprägten Umfeld engagierten.

Für die Jugendfürsorge geht die Pluralität der Vereinslandschaft aus einer Publikation der *Zentralstelle für jüdisch soziale Fürsorge* von 1925 mit dem Titel „Jahrbuch der Fürsorge für das jüdische Kind in Wien“ hervor. Diese Broschüre unterteilt die Einrichtungen in geschlossene Fürsorge (15 Heime vor allem für Waisen und Minderjährige mit Behinderung), offene bzw. halboffene Fürsorge (18 Vereine) und 23 Schul-, Eltern- Jugend- und Kulturgruppen.<sup>110</sup> In einem dieser Heime, dem *Lele-Bondi-Heim* für Mädchen, getragen von einer Stiftung und der IKG Wien, war → Marianne Prager als dessen Leiterin tätig. Ab 1928 leitete sie dieses Heim für 25 jüdische

---

107 Vgl. Malleier 2003, 76.

108 Vgl. Duizend-Jensen 2004, 33-37.

109 Shoshana Duizend-Jensens (2004, 37-46) Analyse basiert auf dieser Einteilung der Vereine mit unterschiedlichen Aufgaben und Zielgruppen: Unter Fürsorgevereine wurden Vereine für Hilfsbedürftige und Kranke gefasst, wie die Vereine des Verbandes der israelitischen Humanitätsvereine *B'nai Brith*. Wohltätigkeitsvereine setzten sich aus den in jedem Synagogenverein vorhandenen Beerdigungsbruderschaften *Chewra Kadisha* für die rituellen Bestattungszeremonien und Vereinen der Krankenunterstützung zusammen. Die Frauenwohlfahrtsvereine widmeten sich der Betreuung von schwangeren, stillenden, kranken und pflegebedürftigen Frauen. Weiters gab es streng rituell geführte Ausspeisungsküchen verschiedener Betreiber:innen, die vermehrt Zuspruch durch den Zuzug frommer, vor allem aus Galizien stammender jüdischer Kriegsflüchtlinge hatten. Vgl. Duizend-Jensen 2004, 37-46.

110 Vgl. Zentralstelle für jüdisch soziale Fürsorge 1925, 5-7.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Mädchen ab zehn Jahren, in dem sie auch selbst lebte. Marianne Prager konnte 1939 nach England fliehen.<sup>111</sup>

Im Folgenden werden jene acht Fürsorgerinnen vorgestellt, die leitend in unterschiedlichen jüdischen Vereinen und insbesondere Frauenwohltätigkeitsvereinen tätig waren. Damit wird die lange Geschichte der jüdischen Fürsorgevereine einbezogen, die bis vor die Jahrhundertwende bzw. den Ersten Weltkrieg zurückreicht.

Wie schon beschrieben, war es vor allem Witwen oder verheiratete Frauen des jüdischen Bürgertums, die in diesen Vereinen Leitungsfunktionen übernahmen. Dieser Befund bestätigt sich in der Studie, denn von den acht Frauen, die jüdischen Einrichtungen vorstanden, war 1938 nur eine ledig, alle anderen waren bereits einmal verheiratet, davon zwei getrennt und drei verwitwet. Die Hälfte hatte (Stief-)Kinder. Die Frauen waren aus dem gehobenen Bildungsbürgertum und der Oberschicht. Einige dieser ersten Generation der Fürsorgerinnen waren in den 1930er Jahren in fortgeschrittenem Alter.

Am längsten in der jüdischen Fürsorge engagiert war → Sophie Grünfeld, die seit 1892 in dem von ihr mitgegründeten *Verein Ferienheim* tätig war und die zudem zahlreiche bedeutende Funktionen in der Vernetzung jüdischer Vereine innehatte: Sie war 1914 führend an der Gründung des *Verbands Weibliche Fürsorge* beteiligt und engagierte sich auch in der Flüchtlingshilfe. Grünberg erhielt zahlreiche Auszeichnungen für ihr Lebenswerk, dessen Zerstörung sie als über 80-Jährige miterleben musste. Sie konnte 1939 in die USA fliehen.<sup>112</sup>

Ebenfalls bereits in der Wohlfahrt des 19. Jahrhunderts aktiv war → Erna Patak. Sie gehörte 1898 zu den Gründerinnen der ersten zionistischen Frauenorganisation (*Women's International Zionist Organisation*, WIZO). Nachdem sie kurz in Siegfried Bernfelds *Kinderheim Baumgarten* mitgearbeitet hatte, war sie Anfang der 1920er Jahre die erste Präsidentin der österreichischen Tochterorganisation der WIZO. Neben ihren Kandidaturen für die *Jüdischnationale Partei* und anderen zionistischen Frauen-Aktivitäten engagierte sie sich – wie viele andere Zionistinnen – in der Fürsorge. Beruflich leitete Erna Patak ein Erholungsheim. Sie überlebte Theresienstadt und wanderte 1949 nach Israel aus.<sup>113</sup>

---

111 Vgl. Messinger 2024a.

112 Vgl. Malleier 2003.

113 Vgl. Akrap 2020, 23, Hecht 2008.

Schon als junge Erwachsene engagierte sich → Hermine Krüger für das 1898 gegründete *Kaiserin-Elisabeth-Lehrmädchen- und Arbeiterinnen-Heim*, das vom *Leopoldstädter Frauen-Wohltätigkeitsverein* unter dessen erster Präsidentin Berta Kohn initiiert wurde. Sie wurde die Ehefrau des verwitweten Heimleiters Dr. Samuel Krüger, nach dem das Heim 1928 benannt wurde. Hermine Krüger war Vizepräsidentin und nach dem Tod ihres Mannes 1933 Präsidentin des Vereins und Leiterin des Heims für zuletzt etwa 200 Mädchen. Krüger starb 1942 in Wien.<sup>114</sup>

→ Erna Schwarz-Hiller, die ab 1923 Vorsitzende der Damensektion des jüdischen *Hilfs- und Unterstützungsvereins Esras Israel* und ab 1924 Präsidentin des 1921 gegründeten *Jüdischen Frauenvereins III. Bezirk Landstraße* war, kann den liberalen Strömungen des Judentums zugerechnet werden. Gemeinsam mit ihrem Mann, Rudolf Schwarz-Hiller von Jiskor, engagierte sie sich im Ersten Weltkrieg in der Flüchtlingsarbeit. In den 1930er Jahren organisierte sie Wohltätigkeitsveranstaltungen, deren Erlös bedürftigen jüdischen Frauen zukam. Sie wurde 1944 in Auschwitz ermordet.

Der *Frauenhort*, der von Rosa Ziffer 1893 gegründete Verein für hilfsbedürftige jüdische Wöchnerinnen und Kinder, wurde ab 1926 von der dritten Präsidentin → Hedwig Massarek geleitet. Der *Frauenhort* war Mitglied im *Bund österreichischer Frauenvereine*, doch entsprachen seine Tätigkeiten in vielem den traditionellen Handlungsräumen von Frauen im Judentum, so nahm er beispielsweise nicht an Diskussionen in der Frauenbewegung um Frauenbildung teil.<sup>115</sup> Massarek konnte 1939 nach England entkommen.

Im gleichen Jahr wie Hedwig Massarek begann → Therese Babion in einem jüdischen Kinderheim in der Auhofstraße 222 in Wien-Hietzing zu arbeiten. Das Heim war 1896 vom Pädagogen Dr. Salomon Krenberger gegründet und 1921 unter der Präsidentschaft seiner Frau Laura Krenberger vom *Wiener Frauenverein zum Schutze armer, verlassener Kinder* übernommen worden. Babion leitete das Heim zwölf Jahre lang, bis 1938. Sie wurde 1944 in Auschwitz ermordet.

Gleich in zwei jüdischen Wohltätigkeitsvereinen, die eng miteinander kooperierten, war → Senta Tschelnitz in den 1930er Jahren aktiv, im *Verein Mittelstandsfürsorge – Hilfe für jüdische geistige Arbeiter in Not* und im *Verein zur Rettung verlassener jüdischer Kinder*. Beide Vereine waren nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden. Letzterer ging auf die Initiative der Organisation *B'nai B'rith* und ihres Präsidenten, des Mediziners Dr. Salo-

---

114 Wien.Geschichte.WIKI o. J.

115 Vgl. Torggler 1999, 33, 49.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

mon Ehrmann, sowie die erste Vizepräsidentin des Vereins, Lisette Gelber, zurück und betrieb Waisenheime in Galizien und der Bukowina.<sup>116</sup> Senta Tschelnitz konnte 1938 nach England fliehen.<sup>117</sup>

Einige jüdische Frauenfürsorgevereine waren eher liberal ausgerichtet und engagierten sich für Mädchenbildung und soziale Gerechtigkeit. Nur einige wenige Vereine waren Mitglieder im *Bund Österreichischer Frauenvereine* (BÖFV), der 1902 gegründeten Dachorganisation der bürgerlich-liberalen Frauenvereine. Von den damals etwa 25 jüdischen Frauenwohltätigkeitsvereinen waren bis 1907 nur fünf Vereine dabei, u. a. das *Kaiser-Franz-Josef-Ferienheim* von → Grünfeld, der Verein *Frauenhort* und der *Mädchen-Unterstützungsverein* von #Regine Ullmann, der Mutter von → Massarek. In den Folgejahren kamen auch noch das *Seehospiz Grado* und das *Kaiserin-Elisabeth-Lehrmädchenheim* hinzu. Die Vereine sind in Publikationen des BÖFV vertreten, sie traten für moderate Veränderungen im Bereich der Frauenrechte ein.<sup>118</sup> In den 1920er und 1930er Jahren wurden viele der jüdischen Frauenvereine in Wien zunehmend politisiert. Einige schlossen sich der zionistischen Bewegung an und engagierten sich für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina. Eine Vertreterin dieser Richtung ist sicherlich Erna Patak, Mitbegründerin der WIZO.

In den Frauenwohltätigkeitsvereinen war es üblich, die Aufgaben, auch in der Leitung, ohne entsprechende Ausbildung zur Fürsorgerin zu übernehmen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es zur Zeit der Begründung der ersten Fürsorgeorganisationen in Wien noch gar keine Ausbildung gab. → Marianne Prager ist unter den ausgewählten biografierten Frauen aus dem Bereich der jüdischen Vereine die einzige mit einer Ausbildung als Fürsorgerin. Sie war Absolventin der Schule Ilse Arlts und als Leiterin des *Lele-Bondi-Heims* beschäftigt. Alle anderen Frauen traten ohne weitere Ausbildung im Bereich der Fürsorge in die Vereine ein und leiteten diese teilweise über Jahrzehnte.

Einige der hier portraitierten Frauen standen in ihren Vereinen oft lange in der „Zweiten Reihe“ und kamen überraschend in ihre neuen Positionen: → Massarek war ab 1926 nach dem Tod ihrer Vorgängerin zur Präsidentin des Vereins *Frauenhort* geworden. Im gleichen Jahr übernahm die frisch geschiedene → Babion die Leitung des Kinderheims *Auhofstraße* nach dem Suizid ihrer Vorgängerin. → Krüger füllte nach dem Tod ihres Mannes 1933 die Funktion der Leiterin des *Krüger-Heims* aus. Alle der hier beschriebe-

---

116 Vgl. Mentzel 2018.

117 Vgl. Messinger 2024b.

118 Vgl. Torggler 1999, 50.

#### 4.5. Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken

nen Frauen waren bis zu der Auflösung der Institutionen 1938 in diesen tätig. → Grünfeld, Krüger, Massarek und Schwarz-Hiller waren die letzten Präsidentinnen ihrer Vereine.

Ab 1938 wurden jüdische Fürsorgeeinrichtungen und -vereine vom NS-Stillhaltekommissar aufgelöst oder in die NS-Wohlfahrt eingegliedert. Die weitaus meisten jüdischen Vereine wurden nach dem Krieg nicht wieder gegründet.<sup>119</sup> Auch keiner der hier genannten Vereine nahm seine Arbeit nach 1945 wieder auf.

#### 4.5. Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken

Die 1940 von #Kardinal Innitzer gegründete *Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken* unterstützte Christ:innen jüdischer Herkunft und stand unter der Leitung des Jesuitenpater #Ludger Born. Neben dieser Gruppe bestanden in Wien auch andere nichtjüdische Hilfsorganisationen, mit denen die Hilfsstelle zusammenarbeitete.<sup>120</sup> Die meisten Organisationen wurden spätestens 1942 geschlossen und einzig die Hilfsstelle konnte ihre Tätigkeit bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft weiterführen.<sup>121</sup>

Die Vorläufer dieser Hilfsstelle sind im Kreis um den Jesuitenpater Georg Bichlmair zu finden, so leitete er ab 1936 das *Pauluswerk*, das im August 1938 aufgelöst wurde.<sup>122</sup> Bichlmair startete im Mai 1938 rund um die Universitätskirche gemeinsam mit → Kielmansegg die *Aktion K*, durch die zahlreiche katholisch getaufte Personen jüdischer Herkunft ausreisen konnten.<sup>123</sup> Auch → Fuchs und → Böhmerwald waren zu dieser Zeit bereits dabei, ab 1939 begann → Weisz ihre Mitarbeit. Doch die Aktivitäten der Ak-

---

119 Vgl. Duizend-Jensen 2004, 291.

120 Weitere Organisationen waren die *Aktion Gildemeester* (die spätere Auswanderungs-Hilfsorganisation AHO), die *Society of Friends* der Quäker und die evangelische *Schwedische Mission*. Die Organisationen stimmten sich bezüglich der erhaltenen Visa ab und arbeiteten auch darüber hinaus zusammen. Wie auch die *Erzbischöfliche Hilfsstelle* befanden sich diese alle in Wien-Innere Stadt, sodass diese Gegend zum „Zentrum für jüdische Bemühungen um Fluchtmöglichkeiten“ wurde. Raggam-Blesch 2017a, 322.

121 Vgl. Raggam-Blesch 2017a, 323.

122 Das *Pauluswerk* sah seine Aufgabe u. a. in der Missionierung jüdischer Personen und unterstützte daher den erhofften Schutz vor Verfolgung durch die Konversion zum katholischen Glauben. Vgl. Menzel 2014, 16, Fenzl 2015, 79 und Weinzierl 1988.

123 Vgl. Litzka 2010, 120.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

*tion K* blieben nicht unbeobachtet, sodass Pater Bichlmair nach mehreren Vorladungen bei der Gestapo im November 1939 verhaftet wurde und im Januar 1940 ausreisen musste.<sup>124</sup> Die Leitung der *Aktion K* wurde für knapp ein halbes Jahr von → Kielmansegg übernommen.

Im Juni 1940 gegründete Kardinal Innitzer die *Erzbischöfliche Diözesanstelle für nichtarische Katholiken*.<sup>125</sup> Nach Problemen mit den NS-Behörden brachte Innitzer die Einrichtung unter seiner Schirmherrschaft im Erzbischöflichen Palais unter, wo sie vor dem Zugriff der Gestapo geschützt war, und benannte sie in *Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken* um.<sup>126</sup>

Die Leitung der Hilfsstelle übernahm, wie erwähnt, der deutsche Jesuitenpater #Ludger Born. Ab Mai 1941 und bis zu ihrer Deportation im Oktober 1942 war → Fuchs die Leiterin der Hilfsstelle. Es waren bis zu vier Frauen bei der Hilfsstelle angestellt, der Großteil arbeitete ehrenamtlich mit. Die Frauen hatten keine Ausbildung als Fürsorgerinnen, aber einige brachten bereits ihre Erfahrungen aus der *Aktion K* mit.<sup>127</sup> Den Aufzeichnungen Pater Borns zufolge waren von den 23 Mitarbeiterinnen des engeren Kreises etwa zwölf Frauen nach NS-Definition jüdischer Abstammung. Von diesen zwölf wurden neun aus Wien deportiert (davon acht in Vernichtungslagern ermordet, nur eine überlebte) und drei weitere konnten fliehen. Weitere fünf der Mitarbeiterinnen waren als ‚Mischlinge‘ oder als Ehepartnerinnen prekär geschützt. Wie die Wiener Historikerin Michaela Raggam-Blesch herausgearbeitet hat, waren also 17 Personen direkt von Verfolgung wegen ihrer jüdischen Herkunft bedroht.<sup>128</sup> Da die Unterstützung von als ‚jüdisch‘ geltenden Personen rechtlich verboten war, arbeiteten alle in der Hilfsstelle unter Lebensgefahr. In diesem Umfeld wurden weiters ein Kinderhort, ein Altersheim, eine Nähstube, Gebetsstunden sowie religiöser Austausch angeboten.

Die *Erzbischöfliche Hilfsstelle* verschaffte zahlreichen Katholik:innen, die laut der ‚Nürnberger Rassegesetze‘ als jüdisch galten, Visa zur Flucht ins Ausland. Diese und andere Aufgaben wurden im Innendienst im Parteienverkehr bearbeitet und in einer Fürsorgekartei dokumentiert, die nicht

---

124 Vgl. Raggam-Blesch 2017a, 340.

125 Diese war im gleichen Haus angesiedelt wie die *Beratungsstelle für katholische Auswanderer* der Caritas, die auch zuvor schon Katholik:innen jüdischer Herkunft unterstützt hatte.

126 Vgl. Born/Groppe 2016, 37 und Fenzl 2015, 81-85.

127 Vgl. Born/Groppe 2016, 129; Weinzierl 1988, 268.

128 Vgl. Raggam-Blesch 2017a, 342.

erhalten ist. Weitere Aufgaben bestanden in der Organisation von Kinderbetreuung und Schulplätzen, Rechtsberatung, ärztlicher Versorgung sowie Bestattungen. Im Außendienst, den alle im Buch porträtierten Mitarbeiterinnen der Hilfsstelle übernahmen, wurde die Situation der Personen bei Hausbesuchen erhoben, „Seelsorgegespräche“ geführt und die Versteckten soweit möglich mit Lebensmitteln, Kleidung oder Decken versorgt. Außerdem hielten die Fürsorgerinnen Kontakt zu kirchlichen Stellen und privaten Spender:innen, die sich als wichtig für die Versorgung erwiesen.<sup>129</sup>

Als eine Flucht nicht mehr (legal) möglich war und die Deportationen einsetzen, bestand die Hilfe vor allem darin, die Menschen vor dem Abtransport mit dem Nötigsten zu versorgen. → Schwester Verena begann 1942 in der Hilfsstelle zu arbeiten, überwiegend im Außendienst. Angesichts der bereits begonnenen massenhaften Deportationen in diesem Jahr lag ihr Arbeitsschwerpunkt vermutlich in der Unterstützung von Menschen, die unmittelbar von ihrer Ermordung bedroht waren. Auch nach den Transporten aus Wien in verschiedene Lager im Deutschen Reich wurde soweit möglich der Kontakt gehalten und die Unterstützung mittels Postkarten und Paketen fortgeführt. Während Ende 1942 lediglich 30 Pakete verschickt wurden, stieg diese Zahl bis 1944 erheblich an. In diesem Jahr versendete die Hilfsstelle über 7 000 Pakete in die Konzentrationslager.<sup>130</sup> Eine der Personen, die unterstützt wurde, war → Böhmerwald. Sie wurde als erste der Mitarbeiterinnen deportiert, war jedoch die Einzige, die mehrere Konzentrationslager überlebte und sie kehrte nach dem Krieg in die Räumlichkeiten der ehemaligen *Erzbischöflichen Hilfsstelle für nicht-arische Katholiken* zurück.

#### 4.6. Verein Wiener Settlement

Die Geschichte der Settlement-Bewegung reicht bis in die 1880er Jahre zurück. Als ihr Beginn gilt die 1884 eröffnete *Toynbee Hall* in London, gegründet von dem Ehepaar Barnett. Ihr Ziel war es, einen Ort zu schaffen, wo gebildete und sozial engagierte Menschen – anfangs vor allem Theologiestudierende – im Armenviertel des Londoner East End leben konnten. Durch nachbarschaftliche Kontakte und das Vorleben bürgerlicher Werte wollten sie das Leben der dort wohnenden Arbeiter:innen und

---

129 Vgl. Born/Groppe 2016, 49, 128; Weinzierl 1988, 268-269.

130 Vgl. Raggam-Blesch 2017a, 348 und Weinzierl 1988, 270.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

armutsbetroffenen Menschen positiv verändern. Zusätzlich wurden Angebote im Bereich Bildung und Kunst gesetzt, und auch Kinderbetreuung und Ferienkolonien wurden organisiert, meist gegen geringste Gebühren. Diese Herangehensweise war für die damalige Zeit neu und radikal – sie unterschied sich deutlich von der damals verbreiteten Vorstellung reiner Almosenvergabe.<sup>131</sup>

Die *Toynbee Hall* war Vorbild für das *Hull House* in Chicago, das 1889 im Stadtteil Near West Side von der US-amerikanischen Sozialarbeitspionierin #Jane Addams gegründet wurde.<sup>132</sup> Weitere Settlements folgten in Deutschland durch den *Hamburger Volksverein* 1901, durch die *Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost* 1911 sowie durch die Gründung des *Jüdischen Volksheim Berlin* 1916.<sup>133</sup> Auch in Wien wurde die Idee des Settlements umgesetzt. Kurze Zeit, von 1900 bis 1904, bestand ein jüdisches Settlement.<sup>134</sup> Das hier vorgestellte Settlement in Ottakring wurde 1901 von den Wienerinnen #Marie Lang und → Else Federn initiiert, die beide einige Zeit in London verbracht hatten. Dem Zentralausschuss des Vereins gehörten sowohl Frauen als auch einige wenige Männer an.<sup>135</sup> Vor allem die Gründungsphase war geprägt von Aktivistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung wie #Marianne Hainisch oder Lydia von Wolfring.<sup>136</sup> Das Settlement brachte einige Pionierinnen früher Sozialer Arbeit hervor, darunter auch #Grete Löhr, die sich dort ab 1903 engagierte, von 1908 bis 1916 als stellvertretende Arbeitsleiterin des Wiener Settlements und danach die Jugendgerichtshilfe initiierte und leitete.<sup>137</sup> Auch ihre Schwester Helene Löhr arbeitete mit und übernahm Mitte der 1930er Jahre die Leitung von Else Federn.<sup>138</sup>

Teil der Vereinsstatuten und des Selbstverständnisses des Settlements war es, nicht (partei-)politisch agieren zu wollen. Stattdessen setzte der Ver-

131 Für einen Überblick: Weber 1996; den Schwerpunkt der Vermittlung christlicher Werte: Scotland 2007 und die jüdische Geschichte des Settlements: Rechter 2019.

132 Addams 2018, Braches-Chyrek 2013, Eberhart/Herrmann/Chen 2009, Shields 2017.

133 Ein aktueller Überblick über die transnationale Geschichte der Settlement-Bewegung am Beispiel vor allem von Deutschland, USA, England und Palästina: Gal/Königeter/Vicary 2021. Für den Einfluss auf die Soziologie: Deegan 1988, Williams/MacLean 2015.

134 Vgl. Band 2012 und Rechter 2019.

135 Frauen waren im 16 Personen zählenden Gründungskomitee deutlich überrepräsentiert. Die beiden Männer waren Josef Grüllmeyer und #Dr. Walter Schiff. Der erste Präsident des Vereins war der damals junge Karl Renner. Im weiteren Verlauf fanden sich noch andere Männer, die sich im Verein engagierten.

136 Zur Gründungsgeschichte des Ottakringer Settlements vgl. Malleier 2005.

137 Vgl. Kufner-Eger 2016, 13-19.

138 Vgl. Malleier 2005, 34-41.

ein vor allem auf die Beziehungs- und Bildungsarbeit über Klassengrenzen hinweg. Die Vereinsmitglieder identifizierten sich mit diesen Idealen und waren dem Settlement oft über Jahrzehnte verbunden.<sup>139</sup> Retrospektiv wird das Settlement als paternalistisch kritisiert, weil stark auf die Vermittlung bürgerlicher Ideale hinsichtlich Bildung oder Hygiene gesetzt wurde, welche die Mitarbeiter:innen vorlebten, und so auch ein „disziplinierender und erzieherischer Anspruch“ umgesetzt war.<sup>140</sup> Diese Haltung drückt sich beispielsweise in Federns Beitrag im Buch des BFVÖ aus, in dem sie schreibt, dass sich das Settlement als „eine der wenigen noch bestehenden Schöpfungen des hochkultivierten feinsinnigen Bürgertums“ der Aufgabe annahm, „diese Kulturwerte den neu heraufstrebenden Kreisen zu übermitteln, denn Evolution ist größer als Revolution“<sup>141</sup> In den Ideen des Settlements ist also ein befreiender, aber auch ein befriedender Charakter zu erkennen.

Der erste Standort in einem von Armut besonders geprägten Stadtteil, dem Bezirk Ottakring, war von der Bierbrauerei Moriz Kuffner zur Verfügung gestellt worden. Ab 1918 hatte der Verein einen neuen und selbst finanzierten Standort. Die Aufgaben im Wiener Settlement waren ähnlich wie in anderen internationalen Vorbildern; doch kam in Wien noch der Bereich der TBC-Fürsorge dazu, da hier die Zahl der Tuberkulosekranken bzw. -gefährdeten besonders hoch war.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war neben den Bildungs-, Berufsberatungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche auch die Jugendgerichtshilfe, für die sich die Mitbegründerin → Else Federn und → Grete Löhr eingesetzt hatten.<sup>142</sup> Der *Verein Wiener Settlement* übernahm die Schutzaufsicht, also die Begleitung straffälliger Jugendlicher, bei Anordnung durch ein Gericht.<sup>143</sup> Sowohl → Maria Lederer als auch → Adolfine Lemberger waren in diesem Bereich tätig. Lemberger war nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit im Settlement ab Juli 1930 halbtags angestellt, u. a. im Sekretariat, und für Recherchen für die Jugendgerichtshilfe zuständig.<sup>144</sup>

139 Vgl. Malleier 2005, 34-41.

140 Vgl. Niederkofler/Rajal 2017, 215.

141 Federn 1930, 93.

142 Vgl. Malleier 2005, 65.

143 Die Schutzaufsichten als Alternative zur Inhaftierung Jugendlicher konnten an Vereine oder Einzelpersonen übertragen werden. Von 1919 bis 1936 wurden etwa 27 000 Personen betreut. Dies erfolgte u. a. durch 25 Vereine, die sich 1911 zu einem Komitee der Jugendgerichtshilfe zusammenschlossen und aus dem 1919 die Jugendgerichtshilfe hervorging (Kufner-Eger 2016, 9).

144 Vgl. Malleier 2005, 81.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Zu Beginn engagierten sich vor allem freiwillige Mitarbeiter:innen, später kamen teils bezahlte Kräfte dazu.<sup>145</sup> Eine der ersten ausgebildeten Fürsorgerinnen, die im *Verein Wiener Settlement* in dieser Funktion angestellt wurde, war → Erna Gsur, die im April 1919 dort zu arbeiten begann. In den ersten Jahren der neuen Republik wurden die Tagesheimstätten für Kinder ausgebaut. Jene in der Sandleitengasse 41 wurde 1921 und 1922 von → Maria Lederer geleitet und von etwa 350 Kindern besucht. Am 30. Jahrestag seines Bestehens 1931 eröffnete der *Verein Wiener Settlement* ein Jugendwohnheim in Wien-Währing in der Krottenbachstraße 267. Die Planung und Koordination mit den Architekten übernahm die langjährige Mäzenin → Maria Lederer.

Das Wiener Settlement zog auch internationale Besucher:innen an. So empfing der Berufsverband, der *Reichsverband der Fürsorgerinnen in Österreich* Ende Oktober 1932 eine Gruppe deutschsprachiger Fürsorgerinnen aus der Tschechoslowakei und organisierte Besuche in Vorzeige-Institutionen der Stadt Wien wie der KÜST, der TBC-Station in Lainz, dem Kinderheim am Wilhelminenberg und auch des Settlements, wo die gemeinsame Abendveranstaltung stattfand.<sup>146</sup>

Das Wiener Settlement hatte aufgrund des Rückgangs an Spenden ab 1934 mit enormen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und musste einige Einrichtungen aufgeben. Federn ging formell in Pension. Neu gegründet hingegen wurde ein Obdachlosenasyl für junge Mädchen in Hietzing. Der *Verein Wiener Settlement* musste weibliche Jugendliche im Rahmen des unter Dollfuß eingerichteten *Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD)* übernehmen, die im Settlement wohnten und „freiwillig“ mitarbeiteten.<sup>147</sup>

Mitte März 1938 kam es zur erzwungenen Schließung des Wiener Settlements, mit 31.7.1938 wurde der *Verein Wiener Settlement* liquidiert und die Mitarbeiterinnen gekündigt.<sup>148</sup> Unter jenen, die gekündigt wurden und noch ein Empfehlungsschreiben erhielten, waren → Gsur und → Lemberger

---

145 Vgl. ebd., 23-25.

146 Reichsverband der Fürsorgerinnen: Protokoll der Ausschuss-Sitzung am 3.10.1932, Fachvereine Fürsorge, Schachtel 2, WStLA.

147 Der *FAD* wurde 1932, also noch zu Zeiten der Ersten Republik als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme begründet und wurde unter der Regierung Dollfuß ab 1934 zu einem „wichtigen propagandistischen Element der autoritären Sozialpolitik“ gemacht (vgl. Melinz 2003, 147). Es handelte sich um eine disziplinierende Maßnahme für junge männliche Arbeitslose. Der Anteil der Mädchen und jungen Frauen lag bei etwa 10 %. Davon waren einige im *Verein Wiener Settlement* untergebracht (Malleier 2005, 75).

148 Vgl. Malleier 2005, 79-80.

#### 4.7. Individualpsychologische Erziehungsberatungsstellen

(beide mit Ende September 1938). Ein Gehalt konnte jedoch schon länger nicht mehr ausbezahlt werden, Gsur konnte nach 1945 die entgangenen Monatslöhne zurückfordern, Lemberger hingegen wurde in der Shoah ermordet.

Nach 1945 wurde die Arbeit des *Vereins Wiener Settlement* erneut aufgenommen, an der auch die aus dem US-amerikanischen Exil zurückgekehrte → Maria Lederer wieder mitwirkte. Der Verein bestand bis 2003.<sup>149</sup>

#### 4.7. Individualpsychologische Erziehungsberatungsstellen

Vorstellungen zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen im *Roten Wien* wurden u. a. von individualpsychologischen Ansätzen nach #Alfred Adler geprägt, wie sich in den weit ausgebauten Stellen der entsprechenden Erziehungsberatung zeigt.<sup>150</sup> Der Wiener Arzt und Psychologe Dr. Alfred Adler gründete nach dem Bruch mit Sigmund Freud 1911 den *Verein für Freie Psychoanalyse*, der später in *Verein für Individualpsychologie* umbenannt wurde und somit zu den ältesten tiefenpsychologischen Vereinigungen gehört. Adlers pädagogisches Konzept basiert auf Bestärkung und Selbstermutigung von Kindern und der Entfaltung des Gemeinschaftsgefühls. In enger Kooperation mit dem Stadtschulrat entstand bereits 1919 die erste Erziehungsberatungsstelle an der *Volkshochschule Ottakring*, weitere 27 folgten bis zum Ende der 1920er Jahre.<sup>151</sup> Diese Beratungsstellen wurden zwar im *Roten Wien* aufgebaut und teils in ihren Institutionen untergebracht, waren aber formell nie Teil der städtischen Fürsorge.<sup>152</sup> Die öffentlich zugängliche Erziehungsberatung wurde in Schulen, Bezirksjugendämtern, Amtshäusern, Volkshochschulen, und auch von privaten Trägern angeboten, wie beispielsweise 1926 für zwei Monate im *Verein Wiener Settlement* oder in der *Sozialen Hilfsgemeinschaft Anitta Müller* und im *Erziehungsheim Linke Wienzeile*.<sup>153</sup> Letzteres wurde von → Stefanie Horovitz und → Alice Friedmann geleitet. Auch die Fürsorgerin → Hedwig Reichner arbeitete zwei Jahre in einer Erziehungsberatungsstelle. Die Erziehungsberatung wurde im Sinne der Volksbildung vor Publikum durchgeführt, wodurch die Fortbildung von Interessierten ermöglicht werden sollte. Das Publikum waren

149 Vgl. ebd., 91-100.

150 Vgl. Schelch-Rehberg 1997, 51-70.

151 Vgl. Kluy 2019, 165-166.

152 Vgl. Gstach 2009, 26.

153 Vgl. Schelch-Rehberg 1997, 84.

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

Lehrende sowie Interessierte aus dem Bereich Medizin und Fürsorge,<sup>154</sup> die nach entsprechender Ausbildung ebenfalls Beratung anbieten konnten. Verbreitung fand die Individualpsychologie durch Vorträge und Seminarreihen an den Volkshochschulen und ermöglichte somit auch ein Einkommen für jene, die „durch Provinzialismus und/oder Antisemitismus“<sup>155</sup> aus den Universitäten verdrängt wurden. Eine der Vortragenden an Volkshochschulen in den 1930er Jahren war → Alice Friedmann, sie hielt auch einen Vortrag am *Kongress für Individualpsychologie* 1930 in Berlin. Mit der Individualpsychologie war sie schon lange vertraut, denn sie hatte bereits Anfang der 1920er Jahre gemeinsam mit #Alfred Adler eine individualpsychologische Schüler:innenhilfe geleitet.<sup>156</sup> Adler war in den späteren 1920er Jahren Vortragsreisender an europäischen und US-amerikanischen Universitäten und hatte 1927 eine Gastprofessur an der *Columbia University* inne.

Ab 1932 wurde die Zahl der Erziehungsberatungsstellen in Wien reduziert. Die meisten wurden 1934 geschlossen, nur fünf konnten weiter bestehen.<sup>157</sup> Für die in Wien verbliebenen Mitglieder des *Vereins für Individualpsychologie* wurde es ab 1935 bedrohlich, gegen manche wurde polizeilich ermittelt. Alfred Adler veröffentlichte 1933 noch sein letztes Werk, „Der Sinn des Lebens“, und emigrierte 1934 endgültig in die USA, wo er eine Professur am *Long Island College of Medicine in New York* übernahm. Er starb 1937 auf einer Vortragsreise in Schottland. In Wien wurde zu dieser Zeit der *Klub der Freunde der Individualpsychologie* gegründet, der Eltern und Lehrer:innen eine wöchentliche Vortragsreihe sowie Unterstützung bei Erziehungsfragen nach Vereinbarung anbot. Der Verein existierte bis 1939 und wurde zwangsläufig aufgelöst, ebenso wie der *Verein für Individualpsychologie*. Die meisten Mitglieder waren inzwischen im Exil.<sup>158</sup>

#### 4.8. Entwicklungspsychologie und Forschung

Das *Psychologische Institut* der Universität Wien etablierte sich ab 1922 als bedeutendes Zentrum für Forschung in der Kinder- und Jugendpsychologie, bekannt als die „Wiener Schule der Entwicklungspsychologie“ unter dem deutschen Ehepaar #Charlotte und Karl Bühler. Die entwicklungspsy-

---

154 Vgl. Kluy 2019, 167.

155 Handlbauer 1984, 128.

156 Vgl. Kenner 2007, 112.

157 Vgl Kluy 2019, 169, Schelch-Rehberg 1997, 107-108.

158 Vgl. Schelch-Rehberg 1997, 109.

chologische Forschung stand in den 1920er und 1930er Jahren in engem Austausch mit der Pädagogik und der Fürsorge der Stadt Wien. Auch wenn die Fürsorge in den Arbeiten zur Entwicklungspsychologie kaum Erwähnung findet, kann deren Rolle und Einflussnahme umgekehrt in drei Bereichen gezeigt werden: am Beispiel der engen Zusammenarbeit des Psychologischen Instituts mit der Kinderübernahmestelle (KÜST), den von Fürsorgerinnen besuchten bzw. rezipierten universitären Psychologie-Vorlesungen Charlotte Bühlers und anhand der Rolle der Bühler-Mitarbeiterin und Fürsorgerin #Hildegard Hetzer.

Karl Bühler folgte einer Berufung als Psychologieprofessor an die Universität Wien und leitete von dessen Gründung 1922 an und bis 1934 das *Psychologische Institut*.<sup>159</sup> Seine Frau, #Charlotte Bühler, die an der TH Dresden im Bereich pädagogische Psychologie habilitiert hatte, zog mit den beiden Kindern bald danach ebenfalls nach Wien. Sie war in der praxisbezogenen Forschung in der Entwicklungspsychologie tätig und wurde 1929 zum „a. o. Professor“ an der Universität Wien ernannt.<sup>160</sup> Das Ehepaar Bühler geriet unwissentlich zwischen die politischen Fronten: Karl Bühler hatte das Angebot des Stadtschulrats angenommen, das *Psychologische Institut* in deren Gebäude unterbringen zu lassen, und sollte als Gegenleistung reformwillige Volksschullehrende unterrichten. Damit galt er als der Sozialdemokratie nahestehend. Ressentiments gab es folglich von konservativer Seite, die sich vor allem gegen die aus Preußen stammende Charlotte Bühler richteten. Das Ehepaar Bühler konnte vermutlich die Vereinnahmung nicht nachvollziehen und verstand sich als unpolitisch und auf ihre Forschung konzentriert.<sup>161</sup>

Die seit 1925 bestehende *Kinderübernahmestelle* (KÜST), ein Vorzeigeprojekt des *Roten Wien*, konnte bis zu 220 Minderjährige mit Abklärungsbedarf aufnehmen und agierte als „Drehscheibe“ verschiedener Institutionen zur weiteren Unterbringung.<sup>162</sup> Die KÜST fungierte als eine Außenstelle des Psychologischen Instituts der Universität Wien und bot Möglichkeiten für die Forschung des Ehepaars Bühler und deren Studie-

---

159 Zum 100-jährigen Jubiläum im Jahr 2022 und der Rolle von Karl Bühler: Fakultät für Psychologie 2022.

160 Zur Biografie Charlotte Bühlers: Bühring 2007. Die erste publizierte Studie der jungen Psychologin, „Das Seelenleben der Jugendlichen“ (1921), nützte Tagebücher als Quellen in der damals im Aufbau befindlichen Disziplin der Jugendpsychologie. Zur Tagebuchforschung publizierte Gerhalter (2021), darunter zu jener von Bühler.

161 Vgl. Bühring 2007, 51-52.

162 Als Selbstdarstellung siehe Wiener Magistrat 1927, kritische Beiträge s. Böhler 2007, 193-195 und Sieder 2014, 163-166.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

render. #Charlotte Bühler widmete sich unter anderem der Beobachtung und Erforschung des Verhaltens von Kindern und der Entwicklung von Testinstrumentarien. Diese wurden u. a. an Kindern getestet, die in der städtischen Fürsorgeeinrichtung untergebracht waren.

In der KÜST wurde über die Zukunft aller der Gemeinde Wien zur Fürsorge übergebenen Minderjährigen entschieden, also vor allem jener Kinder, die der Familie von der Sprengelfürsorgerin „abgenommen“ wurden. Die Kinder wurden zunächst medizinisch untersucht und erhielten Anstaltskleidung. Sie hatten in dieser Zeit keinen Kontakt zu ihren Familien und wurden von Pflegepersonal, u. a. von Fürsorgerinnen, versorgt, die dort arbeiteten oder ihr Praktikum absolvierten.<sup>163</sup> Etwa drei Wochen wurden die Kinder und Jugendlichen in Glasboxen untergebracht und von Expert:innen, vor allem Psycholog:innen, beobachtet. #Charlotte Bühler führte dort mit ihren Studierenden Verhaltensbeobachtungen durch und erstellte Berichte auf Basis dieser Beobachtungen sowie Tests zur Intelligenz- oder Entwicklungssituation des Kindes. Diese Gutachten gaben Empfehlungen ab, ob die Kinder in ein Erziehungsheim, zu einer Pflegefamilie oder zurück zu den Eltern kommen sollten. Für diese Einschätzung wurden auch medizinische Gutachten eingeholt. Gemeinsam mit der Fürsorgerin #Hildegard Hetzer entwickelte Bühler vor Ort Testreihen zur Feststellung des Entwicklungsquotienten von Kindern und konnte diese unmittelbar an immer neuen Kindern erproben. Das Ehepaar Bühler war in der Lehrendenbildung am *Pädagogischen Institut* der Stadt Wien tätig und konnte mit den Studierenden an der *Kinderübernahmestelle* forschen. Die KÜST ermöglichte auch Praktika für die Fürsorgeschulen und verstärkte damit das medizinisch-diagnostische Denken bei den Studierenden.

In den frühen 1930er Jahren genoss das Wiener Institut als bislang einziges deutschsprachiges psychologisches Forschungszentrum internationales Ansehen und hatte auch für die sich etablierenden Forschungsrichtungen im Umfeld eine große Bedeutung. Das *Bühler-Institut* wurde in dieser Zeit „zu einem der größten ‚Arbeitgeber‘ für Geistes- und Sozialwissenschaftler im damaligen Österreich“.<sup>164</sup> Auch → Hellmann arbeitete als Forschungsassistentin bei Projekten Bühlers in Wien mit. Am Höhepunkt der Bühler-Schule existierten drei miteinander kooperierende Gruppen: Karl Bühler forschte zu Wahrnehmung, Charlotte Bühler zu entwicklungspsychologischen

---

163 Die KÜST war eine der möglichen Praktikumsstellen in der Ausbildung der *städtischen Akademie für soziale Verwaltung*.

164 Fleck 1990, 114.

#### *4.9. Psychoanalytisch orientierte Kinderheime und -gärten*

Fragen und rund um Paul Lazarsfeld entstand ein sozialpsychologisch orientierter Kreis, der sich bald als eigene Forschungsgruppe formierte.<sup>165</sup> Alle drei flohen später in die USA.<sup>166</sup>

Manche der Fürsorgerinnen studierten nebenbei Psychologie oder hörten in ihrer Freizeit die Vorlesungen von Charlotte Bühler. Der Besuch universitärer Vorträge ohne Inskription schien, wie aus einigen retrospektiven Erzählungen hervorgeht, möglich und für wissbegierige Studierende üblich gewesen zu sein. Charlotte Bühler war eine Lehrende, deren Inhalte für Fürsorgerinnen vermutlich von Interesse waren. Als Arbeitslose besuchte → Feuermann einige ihrer Vorlesungen, ebenso wie die Psychologiestudentinnen → Hellmann, → Flesch und → Scherzer. Letztere absolvierte darüber hinaus über mehrere Semester ihre Praktika bei den Bühlers.

Eine weitere Verbindungsleitung zur Fürsorge ergibt sich durch die Ilse-Arlt-Schülerin #Hildegard Hetzer.<sup>167</sup> #Charlotte Bühler war eine der drei Herausgeberinnen der zweiteiligen Reihe „Psychologie der Fürsorge“, die sich explizit an Fürsorgerinnen wandte. Im Jahr 1929 erschien als erster Band in dieser Reihe Hetzers Buch „Kindheit und Armut. Psychologische Methoden in Armutsforschung und Armutsbekämpfung“. Auch das zweite Buch von 1930 „Pflegemutter und Pflegekind“, wurde von Hetzer mitherausgegeben und betraf ein Thema der städtischen Jugendfürsorge. Ihre weiteren Publikationen bezogen sich stärker auf Testverfahren.

#### *4.9. Psychoanalytisch orientierte Kinderheime und -gärten*

Als einflussreiche Vertreter:innen der psychoanalytischen Pädagogik im Bereich der Fürsorge gelten #Anna Freud und #August Aichhorn, die auch miteinander befreundet waren.<sup>168</sup> Die beiden vormaligen Volksschullehrennen versuchten in mehreren kinderpsychoanalytischen Reformprojekten neue Methoden umzusetzen. In einigen dieser Institutionen waren auch Fürsorgerinnen beschäftigt bzw. absolvierten Fürsorgeschülerinnen dort

---

165 Vgl. Fleck 1990, 115.

166 Zur schwierigen beruflichen Etablierung Charlotte Bühlers im Exil s. Korotin 2022, 136-139.

167 Zur höchst problematischen Rolle von Hildegard Hetzer und weiterer Psychologinnen bei der Testung von Entwicklungspotenzialen bzw. bei der zwangsweisen Germanisierung polnischer Kinder während des Zweiten Weltkriegs s. Benetka 2002, Stock/Amend/Koza 2024.

168 Der Briefwechsel der beiden aus den Jahren 1921-1949 wurde von Aichhorns Enkel Thomas Aichhorn kommentiert herausgegeben (Freud/Aichhorn 2012).

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

ihre Praktika. Aichhorn arbeitete ohnehin eng mit den Jugendämtern zusammen. Manche Fürsorgerin setzte später ihre Arbeit bei Anna Freud im britischen Exil fort, wie in Kapitel 8.4. genauer ausgeführt wird.

Anna Freud und ihre berufliche wie private Partnerin #Dorothy Burlingham waren Pionierinnen in der Praxis der Bildungsarbeit. Sie gründeten 1927 gemeinsam mit #Eva Rosenfeld die freie Hietzinger Schule, die bis 1932 bestand.<sup>169</sup> Anna Freud publizierte zur Anwendung psychoanalytischer Methoden bei Kindern, u. a. 1927 das Werk „Einführung in die Technik der Kinderanalyse“ und 1930 „Einführung in die Psychoanalyse für Pädagogen“. Ab Februar 1937 betrieben Anna Freud und Dorothy Burlingham eine Kindertageskrippe am Rudolfsplatz in Wien-Innere Stadt, die *Jackson-Krippe*<sup>170</sup> für Kleinkinder aus verarmten Familien.<sup>171</sup> Eine Mitarbeiterin war → Martha Herzberg, die bis zu ihrer Flucht dort tätig war. Anna Freud war der Austausch zwischen (Kinder-)Psychoanalyse und den pädagogischen Ansätzen der Montessori-Häuser in Wien wichtig.<sup>172</sup> Anschließend an die Eigeninitiative von #Lili Roubiczek und die Gründung der ersten Montessorischule in Wien-Favoriten<sup>173</sup> wurde das Montessori-Konzept durch Julius Tandler und Stadtschulrat Otto Glöckel gefördert und eine solche Einrichtung am Rudolfsplatz in Wien-Innere Stadt erbaut. Ein weiterer Montessori-Kindergarten wurde 1931 im Goethehof, einem Gemeindebau in Kaisermühlen errichtet. Dieser wurde von → Hedy Schwarz mitgeplant und geleitet, die bis 1927 drei Jahre lang in der ersten Montessori-Schule von Roubiczek mitgearbeitet hatte.

#August Aichhorn gilt als wichtiges Bindeglied zwischen der Wiener psychoanalytischen Pädagogik und der Sozialarbeit. Sein bekanntestes Werk, „Verwahrloste Jugend. Die Psychoanalyse in der Fürsorgeerziehung“, kann als Reflexion seiner Erkenntnisse aus der Arbeit als Leiter im niederöster-

<sup>169</sup> Die *Burlingham-Rosenfeld-Schule* wurde in diesem Zeitraum von nur etwa 20 Schüler:innen besucht, die alle aus dem engen Kreis der psychoanalytisch geprägten Familien kamen (Danto/Steiner-Strauss 2018).

<sup>170</sup> Der Name leitete sich von der Sponsorin #Edith Jackson ab.

<sup>171</sup> Ein ähnliches soziales Engagement zeigte schon ihr Vater Sigmund Freud. Er war Teil einer Bewegung von Psychoanalytiker:innen, die kostenlose Behandlung in ambulanten Zentren in mehreren Städten anboten. Sie sahen sich als Vermittler:innen eines gesellschaftlichen und sozialen Aufbruchs. Vgl. Danto 2007, 2019.

<sup>172</sup> So bot Anna Freud von 1931 bis 1934 alle zwei Wochen ein Seminar für die Pädagoginnen der Kinderhäuser als Supervision und für Fallbesprechungen an. Befördert wurde der Austausch zudem durch die räumliche Nähe der beiden Institutionen (Zwiauer/Eichelberger 2001, 145).

<sup>173</sup> Vgl. Zwiauer/Eichelberger 2001.

reichischen Erziehungsheim Ober-Hollabrunn 1918 bis 1923 gesehen werden, wo er seine reformpädagogischen und psychoanalytischen Methoden in der Praxis erproben konnte.<sup>174</sup> In den 1920er Jahren absolvierte er eine psychoanalytische Ausbildung und wurde Leiter der Wiener städtischen Fürsorgeanstalten. Er begann in den Bezirksjugendämtern eine zunehmend psychoanalytisch und psychotherapeutisch ausgerichtete „Erziehungsberatung“ aufzubauen. Am Jugendamt interessierte sich die Fürsorgerin #Rosa Dworschak für die Arbeit Aichhorns und lernte in der Erziehungsberatung auch #Anna Freud und #Dorothy Burlingham kennen. Aichhorn war allerdings zehn Jahre lang der einzige Erziehungsberater. Er wurde zudem von der Stadt Wien nicht so gewürdigt, wie es seinen Ansätzen gebührt hätte.<sup>175</sup> Der Wiener Sozialhistoriker Reinhard Sieder hebt die Konkurrenz zwischen den Ansätze Aichhorns und jenen der KÜST hervor und bedauert, dass die Stadt Wien „ihrem Erziehungsberater nie gefolgt ist“.<sup>176</sup>

Die Wiener *Psychoanalytischen Vereinigung* (WPV) beauftragte #August Aichhorn und #Anna Freud im Jahr 1928 damit, einen Kurs für Fürsorgerinnen zu erstellen, der jedoch nicht zustande kam.<sup>177</sup> Doch Aichhorn erreichte bereits viele Fürsorgerinnen mit seinen Ideen: Schon seit Gründung der *Städtischen Akademie für soziale Verwaltung* war Aichhorn als Lehrer im Fach „Hortbetriebslehre“ tätig.<sup>178</sup> In den von ihm geleiteten Einrichtungen konnten angehende Fürsorgerinnen hospitierten. → Marianne Soffner arbeitete im Sommer 1919 in Ober-Hollabrunn mit. Aichhorn war auch in weiteren Rollen bedeutsam: → Anne Feuermann hörte an der Universität Wien seine Vorlesungen, → Elsa Kolari nannte ihn als Referenz bei ihrer Bewerbung an der *Western Reserve University* im US-Exil. Direkt nach ihrer Remigration wandte sich auch → Elisabeth Schilder an Aichhorn, da sie ihn noch aus der Zwischenkriegszeit kannte.

Sowohl Austrofaschismus als auch Nationalsozialismus brachten gravierende Einschnitte: 1934 verloren einige sozialdemokratische Pädagog:innen und Fürsorgerinnen ihre Stellen, manche flüchteten. 1938 wurde zudem die

174 Die zehn Vorträge, die August Aichhorn im Ambulatorium der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* gehalten hat, wurden 1925 mit einem Geleitwort von Sigmund Freud veröffentlicht. Statt der bisherigen Zwangsbehandlung in „Besserungsanstalten“ war Aichhorn von „absoluter Milde und Güte“ sowie Gewaltlosigkeit überzeugt. Aichhorn 1925.

175 Zu den kontroversen Diskursen zu ‚Verwahrlosung‘ siehe Kapitel 2.2.

176 Sieder 2014, 163-165, siehe auch Sieders Nachwort in: Aichhorn/Fallend 2015.

177 Vgl. Aichhorn 2014, 24-25.

178 Zum Curriculum der *Städtischen Akademie für soziale Verwaltung* siehe Hornek 1918 und Messinger 2020.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

Montessori-Bewegung mit der Schließung ihrer Kindergärten und Schulen durch das NS-Regime zerschlagen.<sup>179</sup> Auch viele als jüdisch geltende Psychoanalytiker:innen mussten 1938 fliehen – unter ihnen #Anna Freud.<sup>180</sup> August Aichhorn blieb als einer der ganz wenigen Psychoanalytiker:innen während der NS-Zeit in Wien und bemühte sich nach 1945 um den Wiederaufbau der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* und die Ausbildung in der Erziehungsberatung und Fürsorge.<sup>181</sup>

#### *4.10. Forschung, Publikationen*

Die Fürsorge ist eine Profession, die sich von Beginn an – durch ihre Theoretikerinnen maßgeblich beeinflusst – als auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes Berufsfeld verstand. Für Deutschland war dieser Ansatz durch #Alice Salomon, Marie Baum<sup>182</sup> und Gertrud Bäumer<sup>183</sup> sowie andere „Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit“<sup>184</sup> geprägt, die sich in unterschiedlichen Feldern einbrachten. In Österreich war → Ilse Arlt die Pionierin, die wissenschaftliche Zugänge vertrat.<sup>185</sup> Arlts Theorie betont die

---

179 Vgl. Eichelberger 2001.

180 Elke Mühlleitner (1992) zeigt im biografischen Lexikon über die Mitglieder der *Psychologischen Mittwoch-Gesellschaft* und der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* deren Vertreibung aus Wien auf. Die Mehrzahl der etwa 150 Personen, die von 1902 bis 1938 ordentliche oder außerordentliche Mitglieder waren, waren Männer jüdischer Herkunft.

181 Vgl. Aichhorn 2014.

182 Marie Baum (1874–1964) war Chemikerin und arbeitete als Gewerbeinspektorin. 1907 übernahm sie die Geschäftsführung des *Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege* in Düsseldorf. Gemeinsam mit Gertrud Bäumer baute sie die *Soziale Frauenschule* in Hamburg auf, die 1917 eröffnet wurde. 1926 wechselte sie als Lehrende an die Universität in Heidelberg. Sie verlor ihre Lehrtätigkeiten aufgrund antisemitischer Verfolgung. Vgl. dazu Paulini 1999, 204–212 und Hoff 2023, 121.

183 Gertrud Bäumer (1873–1954) war eine christliche, konservative Lehrerin und Germanistin, die 1904 in Berlin promoviert hatte. Über die Lehrerinnenbewegung lernte sie deren bekannteste Vertreterin, Helene Lange, kennen, mit der sie über dreißig Jahre zusammenarbeitete und -lebte. Bäumer war von 1910 bis 1919 Vorsitzendes des *Bundes Deutscher Frauenvereine* (BDF) und mit Marie Baum an der Ausbildung in Hamburg beteiligt. Ihre Rolle im Nationalsozialismus ist mehr als umstritten (Hering 2022).

184 So der Titel des Werks von Eggemann/Hering (1999), die zwölf für die deutsche Wohlfahrtspflege bedeutende Biografien und Publikationen vorstellten, unterteilt in Pionierinnen, Theoretikerinnen und Managerinnen.

185 Ilse Arlts Bibliografie umfasst etwa 100 Werke, von kurzen Beiträgen zu ihrer Schule oder den Beruf der Fürsorgerin über die Standardwerke der entstehenden Fürsor-

wissenschaftliche Eigenständigkeit der Fürsorge, die auf der Erforschung und Entwicklung von fördernden und armutsverhindernden Kräften beruht. Durch ihre Forschung trug sie zu einer eigenständigen Wissenschaft der Sozialen Arbeit bei, die sich auch in der Ausbildung ausdrückte.<sup>186</sup> Mit der Gründung der *Vereinigten Fachkurse für Volkspflege* 1912 konnte sie ihr Wissen in einer professionellen Ausbildung vermitteln und die Schule als Forschungseinrichtung konzipieren und umsetzen. Sie könnte damit – ähnlich wie #Alice Salomon oder Marie Baum – dem Typus der „weiblichen Intellektuellen im Kontext der Professionalisierung von Hilfe“<sup>187</sup> zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugeordnet werden. Sowohl Salomon als auch Arlt hatten Nationalökonomie studiert. Beide Forschenden untersuchten Armutssachen und -auswirkungen, führten selbst Erhebungen durch und publizierten zu sozialpolitischen Themen. Beide Frauen mit u. a. jüdischen Vorfahren gründeten im Alter von 35 Jahren eine Fürsorgeschule, die sie leiteten, Salomon in Berlin, Arlt in Wien. Sie waren beruflich erfolgreiche Frauen, die beide Diskriminierung als Jüdinnen erlebten. Was für Salomon festgestellt wurde, dass sie eine der ersten war, „die theoretisch die Soziale Arbeit als Profession und nicht vorrangig als religiöse Mission oder als Waffe im Klassenkampf“<sup>188</sup> sah, gilt wohl auch für Arlt.

Um Frauen wie sie auch als „politische Denkerinnen“ und Intellektuelle zu fassen, bedarf es einer Abwendung von der männlich codierten Figur des Intellektuellen, dessen Rolle darin besteht, sich mit seiner gesellschaftskritischen Analyse im öffentlichen Diskurs einzubringen. Der von Hoff herausgearbeitete weibliche Intellektuellentypus hingegen verbindet die wissenschaftlich fundierte Kritik mit sozialpolitischem Engagement, sodass die „Einbindung in die institutionelle Ebene der Sozialarbeit zu einer Antriebsfeder intellektuellen Engagements“<sup>189</sup> wurde. Ohne auf stereotype Geschlechterrollen zurückzugreifen zu wollen, nahmen Frauen demnach reale soziale Probleme zum Anlass, um sich an die Öffentlichkeit zu wenden und Lösungsvorschläge einzubringen. Mit diesem Verständnis von In-

---

gewissenschaft in der Zwischenkriegszeit bis zu ihren Lebenserinnerungen (Maiss/Ertl 2011, 67-74).

186 Vgl. Staub-Bernasconi 2002. Ihr ihrem Artikel „10 Thesen zur sozialen Hilfstätigkeit der Frauen in Österreich“, den sie 1910 für den *Internationalen Kongress für Öffentliche Armenpflege und Private Wohltätigkeit* in Kopenhagen vorbereitet hatte, forderte sie die Etablierung eines Berufes der Wohlfahrtspflegerin, der auf wissenschaftlich begründetem Wissen und Können basiert.

187 Hoff 2023, 114.

188 Kuhlmann 2023a, 123.

189 Hoff 2023, 124-126.

tellektuellen in den Berufsfeldern der Fürsorge können nicht nur Ilse Arlt und vor allem viele ihrer Schülerinnen, sondern auch zahlreiche andere Fürsorgerinnen, die im Feld arbeiteten und darüber publizierten, gefasst werden. Für Österreich wurden – bis auf Ilse Arlt – die zentralen Wegbereiterinnen der Sozialen Arbeit noch nicht herausgearbeitet,<sup>190</sup> dabei würden sich auch einige Vorreiterinnen im psychoanalytischen Umfeld oder in der empirischen Sozialforschung finden, die ebenfalls wichtige theoretische Fundamente legten.

Zeitgenössisch verfassten Fürsorgerinnen in verschiedenen Medien sowohl Beiträge zu sozialen Problemen als auch zu den Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit bzw. ihre theoretischen Überlegungen dazu. Dieses Unterkapitel berücksichtigt jene Werke und Artikel, welche die Autorinnen aus dem Sample in Wien in den 1920er und 1930er Jahren geschrieben haben und nicht spätere Beiträge im Exil bzw. nach der Remigration, die in Kapitel 8 bzw. 9 behandelt werden. Die Publikationen finden sich in den jeweiligen Biografien in Band 2 angeführt.

Beiträge zu sozialen Problemen erschienen vor allem in populärwissenschaftlichen (v. a. Frauen-)Zeitschriften, aber auch in Tages- oder Wochenzeitungen sowie der sozialdemokratischen „Arbeiterinnen-Zeitung“ bzw. „Die Frau“.<sup>191</sup> Weiters berichteten Fürsorgerinnen aus der Praxis der Arbeit am Jugendamt in Radiobeiträgen.

Zentral sind die beiden 1930 erschienenen Sammelbände, die sich den Berufen für Frauen widmeten: das im sozialdemokratischen Umfeld entstandene „Handbuch der Frauenarbeit in Österreich“ und aus der bürgerlichen Frauenbewegung das Buch „Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich“.<sup>192</sup> In beiden Büchern werden in den jeweiligen Beiträgen zu Frauenberufen in der Verwaltung auch Fürsorgerinnen genannt.

Für das 1930 von der Arbeiterkammer unter Leitung von #Käthe Leichter veröffentlichte „Handbuch der Frauenarbeit in Österreich“ verfassten zwei der hier porträtierten Fürsorgerinnen Artikel. Neben Marie Köstler, die

---

<sup>190</sup> So findet sich beispielsweise in Hering/Münchmeier (2015), einer zentralen Quellenedition zur Sozialarbeitsgeschichte für den deutschsprachigen Raum, kein einziger Text einer Person aus Österreich.

<sup>191</sup> Die sozialdemokratische Monatszeitschrift, die 1892 erstmals erschien, trug bis 1924 den Titel „Arbeiterinnen-Zeitung“ und wurde danach in „Die Frau“ umbenannt.

<sup>192</sup> Letztere würdigte die eigene Geschichte anlässlich des Internationalen Frauenkongresses in Wien 1930. Leichter legte daher großen Wert darauf, dass das Buch der AK bereits früher vorlag.

darin einen Beitrag zur Jugendfürsorge publizierte, schrieben → Marie Bock zu Frauen in der Fürsorge und → Elisabeth Schilder zu Studentinnen und Akademikerinnen.<sup>193</sup>

In dem vom *Bund österreichischer Frauenvereine* (BÖFV) und einigen seiner weiblichen Mitglieder herausgegebenen Buch widmen sich vier Artikel direkt dem Bereich der Fürsorge. Die Entwicklung der Fürsorge zeichneten → Ilse Arlt wie auch → Else Federn nach, beide beziehen sich dabei auf die moderne Fürsorge in Abgrenzung zur Wohltätigkeit vergangener Zeiten. → Ilse Arlt verfasste zudem den Beitrag „Soziale Frauenschulen“. Vilma Staffa-Kuch, Mitglied in der Kommission für Fürsorgewesen im BÖFV, schrieb über die Frau „in der sozialen Berufsarbeit“, vor allem in der Jugendfürsorge.<sup>194</sup>

Einige der hier angeführten Personen wurden zeitgenössisch – und teils auch retrospektiv – als „Schriftstellerinnen“ bezeichnet.<sup>195</sup> Publikationen waren eine Gelegenheit, an aktuellen Debatten teilzunehmen und sich als Intellektuelle ihrer Zeit zu verorten. Gerade Frauen mussten oft gegen erhebliche Widerstände ankämpfen, um als Intellektuelle anerkannt zu werden. Der Journalismus bot „Nischen und Chancen“<sup>196</sup>, sich in den öffentlichen Diskurs einzubringen und war zudem ein Arbeitsbereich, in den Frauen zunehmend Eingang fanden. Der Frauenanteil unter den Journalist:innen stieg seit dem Beginn der Republik von 4,2 Prozent auf 10,9 Prozent im Dezember 1933.<sup>197</sup> Dennoch war es beinahe unmöglich, eine Anstellung als Journalistin zu erlangen.<sup>198</sup> Für jüdische Journalistinnen, die über sozialpolitische Themen schreiben wollten, waren diese Chancen vermutlich noch geringer. Trotz der Hindernisse schafften es einige jüdische Frauen, den Journalismus für ihre Anliegen zu nutzen, eine davon war Adele Bruckner.

In den 1920er und 1930er Jahren gehörte → Adele Bruckner zu jenen Fürsorgerinnen, die besonders häufig publizierten. Wie viele Schriftstellerinnen ihrer Zeit schrieb sie für Zeitschriften, die sich an Frauen und

---

193 Vgl. Köstler 1930, Bock 1930 und Schilder 1930.

194 Arlt 1930a, Arlt 1930b, Staffa-Kuch 1930 sowie Federn 1930.

195 So beispielsweise die Bezeichnung für Ilse Arlt auf ihrem Ehrengrab.

196 Hecht 2003.

197 Vgl. Seethaler/Oggolder 2009.

198 List-Ganser geht von einer einzigen Akademikerin aus, die eine Anstellung als Journalistin in einer Zeitung innehatte (List-Ganser 1930, 300).

#### 4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder

ein sozialpolitisch interessiertes Publikum richteten.<sup>199</sup> Durch weit über hundert Beiträge mit großer thematischer Breite prägte sie die zeitgenössische Auseinandersetzung mit Fragen der Fürsorgepraxis mit. Sie schrieb über die Lebenslagen von Sexarbeiterinnen, minderjährigen Strafgefangenen, Tuberkulosekranken und ungewollt Schwangeren in armutsbetroffenen Familien. Ihre Beiträge verbanden fachliche Analyse mit konkreten sozialpolitischen Forderungen und Lösungsvorschlägen, wie etwa ein Haus für gewaltbetroffene oder schwangere Frauen in Notlagen. Auch → Marie Bock forderte straffreien Schwangerschaftsabbruch und Hilfestellungen für Frauen, die Gewalt erfahren hatten – beides Forderungen, die ihrer Zeit weit voraus waren.

Themenstellungen wie diese wurden von den Fürsorgerinnen der Stadt Wien eher ausgespart. Ihre Beiträge stellten zwar sozialpolitische Probleme dar, allerdings vor allem jene, für die es Angebote und Lösungen in der Wiener Kinder- und Jugendfürsorge gab, insofern hatten sie eher Informationscharakter. Ihre Beiträge hatten zum Ziel, die neuen Einrichtungen und weiteren gesundheitspolitischen Maßnahmen der Stadt Wien zu bewerben.<sup>200</sup> Ein Beispiel dafür ist der Beitrag von → Elfriede Lichtenberg. In „Ein Tag aus dem Leben einer Fürsorgerin“ berichtete sie 1932 im Radio und verschriftlicht in der Zeitschrift „Österreichische Blätter für Krankenpflege und Fürsorge“ über Problemstellungen, in welchen sie als Fürsorgerin weiterhelfen konnte, wies aber auch auf die Grenzen hin.<sup>201</sup> Olga Ocsenašek schrieb 1927 drei Beiträge in der Zeitschrift „Die Unzufriedene“, darunter „Säuglinge, die uns anklagen“, ein Bericht über die Angebote des *Roten Wien* für junge Mütter.<sup>202</sup> → Hilde Böhmer – noch unter ihrem Mädchennamen Zechmeister – richtete 1933 einen Beitrag an die „Arbeitereltern“, in dem sie diese dazu aufforderte, für die Nachmittagsbe-

---

199 Bruckners Leben gleich in vielem jenem der Schriftstellerin Else Feldmann (1884–1942). Wie sie aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen in einer jüdischen Familie, schrieb sie ebenfalls Sozialreportagen über ähnliche sozialpolitische Themen. In ihren Texten nimmt Feldmann „deziert Stellung, rechtfertigt und bekennt sich zur Tendenz“ (Debazi 2021, 12). Beide Autorinnen verloren 1934 durch das Verbot sozialdemokratischer Zeitungen ihr Einkommen und publizierten danach zu eher unpolitischen Themen. Nach Jahren im Verborgenen und wechselnden Unterkünften wurden Bruckner und Feldmann fast zeitgleich deportiert und im Juni 1942 ermordet. Biografiert wurde Feldmann von Elisabeth Debazi (2021).

200 Vgl. Nemec 2020, 345.

201 Vgl. Lichtenberg 1932.

202 Vgl. Ocsenasek 1927.

#### 4.11. Schwieriger bis verhinderter Berufseinstieg

treuung ihrer Kinder die Horte der Stadt Wien zu nutzen.<sup>203</sup> → Hedwig Schwarz schrieb 1933 als Leiterin des Montessori-Kindergartens im Goethehof Beiträge über ihre Ansätze im Umgang mit Kindern und publizierte im gleichen Jahr in der „Zeitschrift für Psychoanalytische Pädagogik“<sup>204</sup> Darüber hinaus schrieben einige der portraitierten Fürsorgerinnen als ein Teil ihres Aufgabenbereichs die Berichte für ihre jeweiligen Vereine, so → Helene Schlenker im *Verein gegen Verarmung*, → Kornelia Hofmann für die US-amerikanische *Kinderhilfsaktion A.K.H.A.*<sup>205</sup>, → Julia Plan schrieb über ein Jahrzehnt lang bis 1934 verschiedene Berichte im Jahrbuch des *Wiener Jugendhilfswerks*.<sup>206</sup> Weit umfangreichere Fachpublikationen legte → Bock vor, sie publizierte u. a. 1929 „Die Fürsorge in Österreich“<sup>207</sup>

Insbesondere die Juristinnen unter den Fürsorgerinnen nutzten Publikationen, um Arbeiterinnen über ihre Rechte aufzuklären. Beispiele dafür sind die Artikel in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Frau“ von → Stella Wilflinger mit dem Schwerpunkt unverheiratete Mütter<sup>208</sup> sowie ein allgemeiner juristischer Ratgeber, mitherausgegeben von → Elisabeth Schilder.<sup>209</sup> Diese Texte vermittelten nicht nur juristisches Wissen, sondern verbanden fachliche Expertise mit einem politischen Anspruch: die Emanzipation der Arbeiterinnen durch Information und Aufklärung voranzutreiben. Auch andere parteipolitisch engagierte Fürsorgerinnen, wie → Erna Patak publizierten ihre Positionen, mit dem Ziel, Frauen in der zionistischen Bewegung für Aufgaben in der Fürsorge zu mobilisieren.<sup>210</sup>

#### 4.11. Schwieriger bis verhinderter Berufseinstieg

Für Frauen war es generell schwierig, eine ihren Qualifikationen und Lebensumständen entsprechende Anstellung zu finden, sei es im öffentlichen oder im privaten Bereich der Fürsorge. Insbesondere die erste Generation von intellektuellen Frauen, die höhere Bildung bzw. Universitätsausbildungen genossen hatte, fand oftmals in der „männlich strukturierten Arbeits-

---

203 Vgl. Zechmeister 1933.

204 Vgl. Schwarz 1933a sowie Schwarz 1933b.

205 Vgl. Hofmann 1921.

206 Vgl. stellvertretend für viele andere Berichte: Plan 1923.

207 Vgl. Bock 1929a.

208 Vgl. Wilflinger 1931 sowie Wilflinger 1932.

209 Vgl. Schilder/Reiner 1933.

210 Vgl. Patak 1919.

#### *4. Ausgewählte Institutionen und Berufsfelder*

welt“ keinen Platz.<sup>211</sup> Manche Frauen wechselten daher in den Arbeitsbereich der Fürsorge und machten (zusätzlich) eine Ausbildung in diesem traditionellen „Frauenberuf“, der es ihnen ermöglichte, finanziell unabhängig(er) zu sein. Wie die Historikerin Helga Embacher hervorhebt, waren „linke Intellektuelle jüdischer Herkunft“ jedoch „bereits in den 30er Jahren von vielen Karrieremöglichkeiten ausgeschlossen“.<sup>212</sup>

Beim größten öffentlichen Arbeitgeber in Wien, dem Jugendamt, scheint es in den 1930er Jahren immer wieder Phasen gegeben zu haben, in denen keine neuen Fürsorgerinnen angestellt wurden bzw. es mehr Bewerberinnen als freie Stellen gab; dies könnte auf die Aufnahmesperren für neue Beamten:innen zurückzuführen sein. Vor allem jüdische Frauen hatten anscheinend geringere Chancen auf eine Stelle im öffentlichen Dienst. In der Anstellungspolitik des Bundes zeigt sich, dass nur sehr wenige jüdische Personen als Beamten:innen im Staatsdienst arbeiteten, was bereits zeitgenössisch kritisiert wurde.<sup>213</sup> Im Gegensatz dazu war bei der Stadt Wien der Anteil jüdischer oder konvertierter Personen unter den Fürsorgerinnen jedoch höher, insbesondere im Jugendamt, wie 1938 zu sehen sein würde.

Die Gründe, warum ausgebildete Fürsorgerinnen keine Anstellung bei der Stadt Wien fanden, sind oft nicht eindeutig zu bestimmen. Ein Beispiel dafür ist die jüdische Fürsorgerin → Helene Schlenker, die 1922 mit finanzieller Unterstützung der Stadt Wien die städtische Akademie absolvierte. Sie nahm dann eine Stelle im *Verein gegen Verarmung in Wien* in Wien-Alsergrund an. Explizit von der Ablehnung wegen ihrer jüdischen Herkunft berichteten die Absolventin der Arlt-Schule, → Franzi Löw, die ab 1927 in der IKG Wien als Fürsorgerin tätig war, wie auch die Juristin und Fürsorgerin → Elisabeth Schilder, die 1928 aufgrund ihrer Überqualifikation nicht aufgenommen wurde, der aber möglicherweise ebenfalls ihre jüdische Herkunft im Weg stand.

Zusätzlich zum Antisemitismus bei der Stellenvergabe erschweren die Lebensumstände bzw. die Praxis von minder- oder unbezahlten Stellen die Arbeitsaufnahme. → Rosa Messinger, Schülerin Ilse Arlts, war nach ihrem Abschluss 1933 bis Ende 1936 bei einem Arzt in der Ordination tätig, der

---

211 Hoff 2023, 124.

212 Embacher 1991, 67.

213 Irene Harand (1900–1975) war 1933 Mitbegründerin der *Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot* und formulierte 1935 fundierte Kritik an der antisemitischen staatlichen Anstellungspolitik, da nach offiziellen Zahlen nur 0,28 % der Staatsbediensteten jüdisch seien. Dr. Jakob Ehrlich bemängelte 1937 den mit 0,25 % sehr geringen Anteil jüdischer Personen in der Beamten:innenschaft, vor allem unter den Lehrer:innen (Vgl. Maderegger 1973, 240–241).

sie für jede fürsorgerische Tätigkeit empfahl. Als Mutter von zwei Kindern war es vermutlich nicht leicht, eine Stelle zu finden, die mit ihren Betreuungspflichten vereinbar war. Sorge um den Berufseinstieg äußerte auch die Psychologin und Fürsorgerin → Ilse Hellmann, die darauf hoffte, nach einigen Begleitungen von Kindergruppen, die sie gegen Kost und Logis durchgeführt hatte, eine fixe Stelle zu bekommen.

Auch bekannterweise politisch konservative Fürsorgerinnen konnten Schwierigkeiten haben, im *Roten Wien* eine Anstellung zu erhalten, davon berichtete → Justine Kresnicka, die nach Niederösterreich wechselte und erst 1934 eine Anstellung in Wien erhielt.

Bei zwei jüdischen Frauen war es der ‚Anschluss‘ Österreichs an das Deutsche Reich 1938, der sie davon abhielt, von einem Auslandsaufenthalt nach Wien zurückzukehren. → Ilse Scherzer, die mit ihrem Mann 1933 nach Palästina emigriert war, hatte eigentlich geplant, wieder nach Wien zurückzukommen, um ihr begonnenes Psychologiestudium zu beenden und nebenbei in der Fürsorge tätig zu werden. Diesen Plan musste sie aufgeben. Eine ihrer Mitschülerinnen in der Schule Ilse Arlts, → Edith Weinberg, arbeitete nach ihrer Ausbildung vermutlich mit ihrem Mann, einem Rechtsanwalt, zusammen. Sie konnte von einem Besuch bei Scherzer im März 1938 nicht mehr nach Wien zurückkehren und musste flüchten. Auch sie war nicht mehr als Fürsorgerin tätig.

Wie anhand der Beispiele nachvollzogen werden kann, war der Berufseinstieg bei der Stadt Wien aus verschiedenen Gründen wie Antisemitismus, Überqualifikation oder gerade fehlende Stellen nicht immer einfach bzw. nicht möglich. Einige berufliche Wege wurden durch die in den 1930er Jahren errichteten Diktaturen in Österreich und Deutschland gewaltsam unterbrochen. Um diese Brüche der Jahre 1933/34 wie auch 1938 und die Gründe der Verfolgung von Fürsorgerinnen soll es im nächsten Kapitel gehen.

